



Bundesnetzagentur

Bonn, 20. September 2023

Amtsblatt 18

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Regulierung

Vfg-Nr.		Seite
Telekommunikation		
90	Allgemeinzuteilung von Frequenzen für bestimmte Funkortungssysteme im Frequenzbereich 116–260 GHz	985
91	Änderung der Allgemeinzuteilung Vfg. 109/2021 von Frequenzen für Induktive Geräte	995
92	Außerkräftsetzung von Funk-Schnittstellenbeschreibungen (SSBn) des Landfunks	995
93	TKG § 170 Absatz 6; Technische Richtlinie zur Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation, Erteilung von Auskünften (TR TKÜV); Neue Ausgabe 8.2; Bekanntgabe der Technischen Richtlinie gemäß § 210 TKG	995
Energie		
94	Art. 6 Abs. 3, 18 Abs. 1 b) VO (EU) 2017/2195; Verfahren zur Genehmigung des Änderungsantrags für die Modalitäten für Bilanzkreisverantwortliche, Standardbilanzkreisvertrag Strom (BK6-23-102)	996
95	EnWG § 29; Festlegungsverfahren zur Änderung der Festlegungen vom 06.11.2020 (BK6-20-059), vom 12.03.2021 (BK6-20-060) und vom 23.03.2021 (BK6-20-061) – Verfahrenseröffnung - Az.: BK6-23-241	996

Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
Telekommunikation		
Teil A		
Mitteilungen der Bundesnetzagentur		
164	§ 12 Absatz 1 Telekommunikationsgesetz (TKG) Veröffentlichung eines Konsultationsentwurfes zur Marktdefinition und Marktanalyse betreffend den Markt Anrufzustellung auf der Vorleistungsebene in einzelnen öffentlichen Telefonnetzen an festen Standorten (Markt Nr. 1 der Märkte-Empfehlung 2014) - BK 1-23/001	997
165	TKG §§ 13 Abs. 2, 12 Abs. 1 i.V.m. § 192 TKG; Veröffentlichung eines Entscheidungsentwurfs wegen des vollständigen Widerrufs von Regulierungsverfügungen betreffend den Markt für die Anrufzustellung in einzelne Festnetze	998

Mit-Nr.		Seite
166	TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i.V.m. 192; Veröffentlichung der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens betreffend den Entwurf der Entgeltgenehmigung in dem Verwaltungsverfahren auf Antrag der Telekom Deutschland GmbH wegen Genehmigung der Entgelte für Kollokationsstrom, Raumluftechnik und manuelle Stromzählerablesung	1001
167	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Gewährung eines diskriminierungsfreien, offenen Netzzugangs zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen oder Telekommunikationslinien; hier: BK11-23-007	1001
168	Einstellung der Verfahren wegen Überprüfung der Standardangebote Wholesale Ethernet VPN (BK2c 19/009), Wholesale Ethernet P2P (BK2c 19/010) und Wholesale Ethernet HBS (BK2c 19/011)	1001
169	Einstellung des Standardangebotsverfahrens über eine Zusatzvereinbarung zu den Standardverträgen/Verträgen wegen der Abschaltung des SDH-Netzes inkl. der 1850er SDH-Plattform (BK2c-20-023)	1001

Energie

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

170	Höchstspannungsleitung Urberach — Pfungstadt — Weinheim — G380 — Altlußheim — Daxlanden (Vorhaben 19 BBPIG), Abschnitt Nord1 (Urberach — Pfungstadt — Weinheim) ; Planfeststellung: Öffentliche Bekanntmachung über den Erlass und die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 24 Abs. 2 und Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m § 74 Abs. 4 und 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 27 Abs. 1 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).....	1002
171	Höchstspannungsleitung Osterath — Philippsburg (Vorhaben 2 BBPIG), Abschnitt B1 (Punkt Wallstadt — Philippsburg); Planfeststellung: Öffentliche Bekanntmachung über den Erlass und die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 24 Abs. 2 und Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m § 74 Abs. 4 und 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 27 Abs. 1 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	1004

Regulierung

Telekommunikation

Vfg Nr. 90/2023

Allgemeinzuteilung von Frequenzen für bestimmte Funkortungssysteme im Frequenzbereich 116–260 GHz

Auf Grund des § 91 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) werden hiermit Frequenzen zur Nutzung durch die Allgemeinheit zur Nutzung von bestimmten Funkortungsanwendungen zugeteilt.

1. Begriffsbestimmung

Diese Allgemeinzuteilung umfasst die folgenden Funkortungssysteme im Frequenzbereich 116–260 GHz:

- Allgemeine Überwachungsradare in Innenräumen („Generic indoor surveillance radar“)

Allgemeine Innenraumüberwachungsradare werden zur Messung und Bestimmung physikalischer Merkmale wie Vorhandensein, Entfernung, Geschwindigkeit oder Materialeigenschaften eines Zielobjekts eingesetzt. Diese Radare sind für den privaten Gebrauch in Innenräumen bestimmt und werden in zwei Unterkategorien unterteilt: handgehaltene/mobile und ortsfeste allgemeine Innenraumüberwachungsradargeräte. Geräte, die unter die Kategorie der handgehaltenen/mobilen Geräte fallen, sind tragbar und können innerhalb des Gebäudes bewegt werden, während ortsfeste allgemeine Innenraumüberwachungsradargeräte an einem festen Standort verbleiben müssen.

- Funkortungssysteme in der Industrieautomatisierung („Radiodetermination systems for industry automation (RDI)“)

Funkortungssysteme für die Industrieautomation (RDI) werden zur Messung und Bestimmung physikalischer Eigenschaften wie Vorhandensein, Entfernung, Geschwindigkeit oder Materialeigenschaften eines Zielobjekts eingesetzt, das sich hauptsächlich im Freien befindet. RDI-Anwendungen sind ausschließlich für industrielle Automatisierungszwecke und den professionellen Einsatz bestimmt.

- Radare zur Füllstandsondierung („Level probing radars (LPR)“)

Radare zur Füllstandsondierung (LPR) dienen zur Messung und Bestimmung des Abstandes zur Oberfläche eines Zielmaterials (z.B. Flüssigkeiten und Feststoffe), das sich vor allem im Freien oder in Tanks mit nicht dämpfender Hülle (z.B. Kunststofftanks) befindet. Damit erfolgt indirekt die Erfassung der Menge oder des Volumens des vorhandenen Materials. Darüber hinaus ist auch die Messung anderer physikalischer Eigenschaften wie zum Beispiel der Oberflächengeschwindigkeit des Zielmaterials möglich. LPR-Anwendungen sind nur für den industriellen und professionellen Einsatz bestimmt.

- Radare zur Konturenbestimmung und -erfassung („Contour determination and acquisition radars (CDR)“)

Konturbestimmungs- und Erfassungsradare (CDR) dienen der Messung und Bestimmung einer Vielzahl von Abstandswerten zur Oberfläche eines Zielmaterials, das sich vornehmlich im Freien oder im Inneren von Tanks mit nicht dämpfender Hülle (z.B. Kunststofftanks) befindet. Aus den Abstandsinformationen wird eine digitale Konturdarstellung des Zielmaterials gebildet und damit die Menge oder das Volumen des vorhandenen Materials im jeweiligen Messszenario genau bestimmt. Darüber hinaus ist auch die Messung anderer physikalischer Eigenschaften der Zieloberfläche möglich. CDR-Anwendungen sind nur für den industriellen und professionellen Einsatz bestimmt.

CDR-Geräte werden in zwei Kategorien eingeteilt:

- mechanische und Phased-Array-CDR (M-CDR und PA-CDR);
- Digital Beamforming CDR (DBF-CDR).

Diese Klassifizierung erfolgte auf der Grundlage der Erfassung der Winkelrichtungsinformation, die durch mechanische Neigung einer einzelnen Antenne (M-CDR) und/oder durch elektronische Strahlschwenkung im Parallelbetrieb mehrerer Antennenelemente (PA-CDR) realisiert werden kann.

Im Falle eines Multiplexbetriebes mehrerer Antennenelemente wird eine digitale Strahlformungsempfängerarchitektur (DBF-CDR) realisiert.

- Radare zur Tankfüllstandsondierung („Tank level probing radars (TLPR)“)

Radare zur Tankfüllstandsondierung (TLPR) werden zur Messung und Bestimmung des Abstands zur Oberfläche eines Zielmaterials (z. B. Flüssigkeiten und Feststoffe) in abgeschirmten Tanks und Behältern und damit zur indirekten Erfassung der Menge oder des Volumens des verfügbaren Materials eingesetzt. Darüber hinaus ist auch die Messung anderer physikalischer Merkmale wie z.B. der Geschwindigkeit oder weiterer Eigenschaften des Zielmaterials möglich. TLPR-Anwendungen sind nur für den industriellen und professionellen Gebrauch bestimmt.

- Funkortungssysteme für die Industrieautomatisierung in abgeschirmten Umgebungen („Radiodetermination systems for industry automation in shielded environments (RDI-S)“)

Funkortungssysteme für die Industrieautomatisierung in abgeschirmten Umgebungen (RDI-S) werden zur Messung spezifischer frequenzabhängiger Materialeigenschaften und/oder breitbandiger Frequenzgänge (z. B. S-Parameter zur Bestimmung anderer physikalischer Eigenschaften) von Objekten innerhalb von Gebäuden (in Innenräumen) oder in ähnlich abgeschirmten Umgebungen eingesetzt. Beispiele für RDI-S-Systeme sind Radarsensoren (z.B. frequenzmodulierte Dauerstrichradare, auch FMCW-Radare genannt), für die Dickenmessung bei der Kunststoffextrusion oder für die nicht-destruktive Objektprüfung. RDI-S-Anwendungen sind nur für den industriellen bzw. professionellen Einsatz bestimmt.

2. Frequenznutzungsbestimmungen

2.1 Grundsätzliche Anforderungen

Für alle unter 2.2 bis 2.7 aufgeführten Anwendungen gilt:

1. Geräte der Funkortungssysteme dürfen keine schädlichen Störungen bei einem Funkdienst verursachen und haben keinen Anspruch auf Schutz gegen funktechnische Störungen dieser Geräte durch Funkdienste („nichtstörend und ungeschützt“).

Für alle unter 2.3 bis 2.7 aufgeführten Anwendungen gilt:

1. Der Betrieb der entsprechenden Geräte ist nur für industrielle Zwecke und zur professionellen Nutzung vorgesehen.
2. Bei den entsprechenden Geräten mit einem Antennengewinn von weniger als 20 dBi ist der maximale Spitzenwert der Senderausgangsleistung auf 15 dBm zu begrenzen.

Zusätzliche Anforderungen sind unter den in 2.2 bis 2.7 aufgeführten Anwendungen aufgeführt.

2.2 Allgemeine Überwachungsradare in Innenräumen („Generic indoor surveillance radar“)

Tabelle 1: Technische Bestimmungen für handgehaltene/mobile allgemeine Überwachungsradare in Innenräumen

Frequenzteilbereich	Maximale mittlere Leistung (EIRP) (Anmerkung 1)	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 5)
122,25 GHz–130 GHz	10 dBm	- 20 dBm/MHz	20 dBm
134 GHz–148,5 GHz	10 dBm	- 20 dBm/MHz	20 dBm

- Frequenzzugangs- und Störungsminderungsanforderungen:**

$\sum T_{\text{meas}} \leq 400 \text{ ms}$ innerhalb von $T_{\text{obs}} = 1 \text{ s}$ (entspricht einem maximalen Arbeitszyklus von 40 %) (Anmerkung 3)

T_{meas} : Zeit, in welcher eine Übertragung stattfindet

T_{obs} : Beobachtungszeitraum

- Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen:** 20 dB (Anmerkung 4)

Anmerkung 1: Maximale mittlere Leistung (EIRP) innerhalb des Betriebsfrequenzbereiches (siehe Anmerkung 4) und während T_{meas} .

Anmerkung 2: Diese Grenzwerte sollten mit einem RMS-Detektor und einer Mittelungszeit von 1 ms gemessen werden.

Anmerkung 3: Der maximale Arbeitszyklus ist in den Werten der maximalen mittleren Leistung (EIRP) und der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) nicht enthalten. Folglich müssen diese Werte bei der Mittelwertbildung über den Beobachtungszeitraum $T_{\text{obs}} = 1 \text{ s}$ wegen der Einbeziehung des maximalen Arbeitszyklus von 40 % um 4 dB verringert werden.

Anmerkung 4: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB („20-dB-Bandbreite“). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 5: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Tabelle 2: Technische Bestimmungen für ortsfeste allgemeine Überwachungsradare in Innenräumen

Frequenzteilbereich	Maximale mittlere Leistung (EIRP) (Anmerkung 1)	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 5)
122,25 GHz–130 GHz	20 dBm und 12 dBm > 0° Elevation	-10 dBm/MHz und -18 dBm/MHz > 0° Elevation	30 dBm und 22 dBm > 0° Elevation
134 GHz–148,5 GHz	20 dBm und 12 dBm > 0° Elevation	-10 dBm/MHz und -18 dBm/MHz > 0° Elevation	30 dBm und 22 dBm > 0° Elevation

- Frequenzzugangs- und Störungsminderungsanforderungen** (Anmerkung 3):

$\sum T_{\text{meas}} \leq 100 \text{ ms}$ innerhalb von $T_{\text{obs}} = 1 \text{ s}$ entspricht einem maximalen Arbeitszyklus von 10 %.

T_{meas} : Zeit, in welcher eine Übertragung stattfindet

T_{obs} : Beobachtungszeitraum

- **Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen:** 20 dB (Anmerkung 4)

Anmerkung 1: Maximale mittlere Leistung (EIRP) innerhalb des OFR (siehe Anmerkung 4) und während T_{meas} .

Anmerkung 2: Diese Grenzwerte sollten mit einem RMS-Detektor und einer Mittelungszeit von 1 ms gemessen werden.

Anmerkung 3: Der maximale Arbeitszyklus ist in den Werten der maximalen mittleren Leistung (EIRP) und der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) nicht enthalten. Folglich müssen diese Werte bei der Mittelwertbildung über den Beobachtungszeitraum $T_{\text{obs}} = 1$ s wegen der Einbeziehung des maximalen Arbeitszyklus von 10 % um 10 dB verringert werden.

Anmerkung 4: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB („20-dB-Bandbreite“). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 5: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Zusätzliche Anforderungen für allgemeine Überwachungsradare in Innenräumen

1. Alle Geräte (handgehaltene/mobile und fest installierte) dürfen nur in Innenräumen (d. h. innerhalb eines Gebäudes) oder in ähnlich abgeschirmten Umgebungen betrieben werden.
2. Ortsfeste Geräte müssen an einem festen Standort in Innenräumen (d. h. innerhalb eines Gebäudes) oder in ähnlich abgeschirmten Umgebungen installiert werden.
3. Es ist sicherzustellen, dass ortsfeste Geräte im Innenraum keine Funktion außerhalb der Gebäudestruktur erfüllen, wie z. B. die Erkennung von Personen außerhalb des Gebäudes (z. B. Bildgebung durch die Wand).
4. Bei ortsfesten Geräten ist die mittlere Leistung (EIRP) über 0° Elevation auf 12 dBm (8 dB unter dem Wert der maximalen mittleren Leistung (EIRP) von 20 dBm) zu begrenzen.

2.3 Funkortungssysteme in der Industrieautomatisierung („Radiodetermination systems for industry automation (RDI)“)

Tabelle 3: Technische Bestimmungen für RDI-Geräte

Frequenz- teilkbereich	Maximaler Arbeitszyklus	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 3)	Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen (Anmerkung 1)
174,8–182 GHz	5 %	- 13,8 dBm/MHz	31 dBm	20 dB
185–190 GHz	5 %	- 13,8 dBm/MHz	31 dBm	20 dB
231,5–250 GHz	5 %	- 25,6 dBm/MHz	31 dBm	20 dB

Anmerkung 1: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB („20-dB-Bandbreite“). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 2: Der maximale Arbeitszyklus von 5 % ist in diesem maximalen Mittelwert (EIRP) bereits enthalten. Folglich gilt der angegebene Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) für die Mittelwertbildung über den gesamten Messzyklus $T_{\text{meas_cycle}}$ des Geräts einschließlich aller T_{off} -Zeiten in der 1-MHz-Auflösungsbandbreite des Messempfängers.

Anmerkung 3: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Zusätzliche Anforderungen für Funkortungssysteme in der Industrieautomatisierung (RDI)

1. Es ist sicherzustellen, dass sich keine unerwünschten Hindernisse im Hauptstrahl der Antenne befinden, um ungewollte Reflexionen und Streuungen zu minimieren.
2. RDI-Außensensoren dürfen nur in Höhen von 0 m bis 3 m über dem Boden installiert werden.

2.4 Radare zur Füllstandsondierung („Level probing radars (LPR)“)

Tabelle 4: Technische Bestimmungen für LPR-Geräte

Frequenz- teilerbereich	Maximaler Arbeitszyklus	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP)	Maximale Spitzenleistung (EIRP)	Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen
		(Anmerkung 2)	(Anmerkung 3)	(Anmerkung 1)
116–148,5 GHz	5 %	- 8,0 dBm/MHz	37 dBm	20 dB
167–182 GHz	5 %	- 6,0 dBm/MHz	37 dBm	20 dB
231,5–250 GHz	5 %	- 6,0 dBm/MHz	37 dBm	20 dB

Anmerkung 1: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB („20-dB-Bandbreite“). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 2: Der maximale Arbeitszyklus von 5 % ist in diesem maximalen Mittelwert (EIRP) bereits enthalten. Folglich gilt der Wert der angegebenen maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) für die Mittelwertbildung über den gesamten Messzyklus $T_{\text{meas_cycle}}$ des Geräts einschließlich aller T_{off} -Zeiten in der 1-MHz-Auflösungsbandbreite des Messempfängers.

Anmerkung 3: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Zusätzliche Anforderungen für Radare zur Füllstandsondierung (LPR)

1. LPR-Geräte müssen an einem festen Standort installiert werden und nach unten zum Boden ausgerichtet sein. Das Gerät darf nicht in Betrieb sein, während es bewegt wird oder sich in einem beweglichen Behälter befindet.
2. Es ist sicherzustellen, dass sich keine unerwünschten Hindernisse im Hauptstrahl der Antenne befinden, um ungewollte Reflexionen und Streuungen zu minimieren.
3. Bei LPR-Geräten ist die maximale Spitzenleistung (EIRP) für Elevationen über 0° auf 0 dBm zu begrenzen.

2.5 Radare zur Konturenbestimmung und -erfassung („Contour determination and acquisition radars (CDR)“)

Tabelle 5: Technische Bestimmungen für DBF-CDR-Geräte

Frequenz- teilerbereich	Maximaler Arbeitszyklus	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 3)	Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen (Anmerkung 1)
116–148,5 GHz	10 %	- 32,6 dBm/MHz	15 dBm	20 dB
167–182 GHz	10 %	- 29,0 dBm/MHz	15 dBm	20 dB
231,5–250 GHz	10 %	- 23,0 dBm/MHz	15 dBm	20 dB

Anmerkung 1: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB („20-dB-Bandbreite“). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 2: Der maximale Arbeitszyklus von 10 % ist in diesem maximalen Mittelwert (EIRP) bereits enthalten. Folglich gilt der angegebene Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) für die Mittelwertbildung über den gesamten Messzyklus $T_{\text{meas_cycle}}$ des Geräts einschließlich aller T_{off} -Zeiten in der 1-MHz-Auflösungsbandbreite des Messempfängers.

Anmerkung 3: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Tabelle 6: Technische Bestimmungen für M-CDR und PA-CDR-Geräte

Frequenz-teil- bereich	Maximaler Arbeitszyklus	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 3)	Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen (Anmerkung 1)
116–148,5 GHz	10 %	- 12,0 dBm/MHz	28,6 dBm	20 dB
167–182 GHz	10 %	- 9,0 dBm/MHz	34,6 dBm	20 dB
231,5–250 GHz	10 %	- 6,0 dBm/MHz	37 dBm	20 dB

Anmerkung 1: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB („20-dB-Bandbreite“). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 2: Der maximale Arbeitszyklus von 10 % ist in diesem maximalen Mittelwert (EIRP) bereits enthalten. Folglich gilt der angegebene Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) für die Mittelwertbildung über den gesamten Messzyklus $T_{\text{meas_cycle}}$ des Geräts einschließlich aller T_{off} -Zeiten in der 1-MHz-Auflösungsbandbreite des Messempfängers.

Anmerkung 3: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Zusätzliche Anforderungen für Radare zur Konturenbestimmung und -erfassung (CDR)

1. CDR-Geräte müssen an einem festen Standort installiert werden. Das Gerät darf nicht in Betrieb sein, während es bewegt wird.
2. Es ist sicherzustellen, dass sich keine unerwünschten Hindernisse im Hauptstrahl der Antenne befinden, um ungewollte Reflexionen und Streuungen zu minimieren.

Für DBF-CDR Geräte gilt zusätzlich:

1. DBF-CDR Geräte müssen senkrecht nach unten auf den Boden gerichtet sein.

Für M-CDR und PA-CDR Geräte gilt zusätzlich:

1. M- und PA-CDRs müssen ein permanentes räumliches Abtastverhalten der Antennen-Hauptstrahlrichtung zu jedem Zeitpunkt des Betriebs aufweisen.
2. Der maximale Neigungswinkel der Hauptstrahlrichtung der Antenne in Bezug auf die vertikale Achse zum Boden darf 60° nicht überschreiten.
3. Bei M-CDR und PA-CDR Geräten ist die maximale Spitzenleistung (EIRP) für Elevationen über 0° auf 0 dBm zu begrenzen.

2.6 Radare zur Tankfüllstandsondierung („Tank level probing radars (TLPR)“)

Tabelle 7: Technische Bestimmungen für TLPR-Geräte

Frequenz- teilbereich	Maximaler Arbeitszyklus	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 3)	Mindestdämpfung unerwünschter Aussendungen (Anmerkung 1)
116–148,5 GHz	100 %	12 dBm/MHz	42 dBm	20 dB
167–182 GHz	100 %	12 dBm/MHz	42 dBm	20 dB
231,5–250 GHz	100 %	12 dBm/MHz	42 dBm	20 dB

Anmerkung 1: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 20 dB ("20-dB-Bandbreite"). Die Dämpfung der unerwünschten Aussendungen gilt für die Frequenzen außerhalb des OFR und wird auf den Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) und der maximalen Spitzenleistung (EIRP) angewendet. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 2: Der angegebene Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) gilt für die Mittelwertbildung über den gesamten Messzyklus $T_{\text{meas_cycle}}$ des Geräts einschließlich aller Toff-Zeiten in der 1-MHz-Auflösungsbandbreite des Messempfängers.

Anmerkung 3: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in der Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Zusätzliche Anforderungen für Radare zur Tankfüllstandsondierung (TLRP)

1. TLRP-Geräte müssen an einem festen Standort an einem geschlossenen Metalltank oder Betontank oder einer ähnlichen Umfassungsstruktur aus vergleichbarem dämpfenden Material installiert werden.
2. Die Flansche und Anbauteile der TLPR-Geräte müssen die erforderliche Mikrowellenabdichtung konstruktiv gewährleisten.

3. Schaugläser sind erforderlichenfalls mit einer mikrowellensicheren Beschichtung zu versehen (d. h. mit einer elektrisch leitfähigen oder mikrowellenabsorbierenden Beschichtung).
4. Am Tank angebrachte Luken oder Anschlussflansche müssen während des Betriebs der TLPR-Geräte geschlossen sein, um ein geringes Austreten des Signals in den freien Raum außerhalb des Tanks zu gewährleisten.

2.7 Funkortungssysteme für die Industrieautomatisierung in abgeschirmten Umgebungen („Radiodetermination systems for industry automation in shielded environments (RDI-S)“)

Tabelle 8: Maximaler Arbeitszyklus in allen Frequenzteilbereichen gemäß Tabelle 9

Frequenzbereich	Maximaler Arbeitszyklus
116–260 GHz	100 %

Tabelle 9: Technische Bestimmungen für RDI-S-Geräte

Frequenzteilbereich	Maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2)	Maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 4)
116–122,5 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
122,5–123 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
123–130 GHz	+10 dBm/MHz	60 dBm
130–134 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
134–141 GHz	+10 dBm/MHz	60 dBm
141–148,5 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
148,5–151,5 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
151,5–158,5 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
158,5–164 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
164–167 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
167–174,5 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
174,5–174,8 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
174,8–182 GHz	+10 dBm/MHz	60 dBm
182–185 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
185–190 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
190–191,8 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
191,8–200 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
200–209 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
209–226 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
226–231,5 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
231,5–235 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm

235–238 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
238–241 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
241–244 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
244–246 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
246–250 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm
250–252 GHz (Anmerkung 3)	-15 dBm/MHz	35 dBm
252–260 GHz	-5 dBm/MHz	45 dBm

Tabelle 10: Grenzwerte der unerwünschten Aussendungen in allen Frequenzteilbereichen gemäß Tabelle 9

Frequenzbereich	Grenzwerte der unerwünschten Aussendungen (Anmerkung 1)
116–260 GHz	-15 dBm/MHz maximale mittlere spektrale Leistungsdichte (EIRP) (Anmerkung 2) und 35 dBm maximale Spitzenleistung (EIRP) (Anmerkung 4)

Anmerkungen zu Tabelle 9 und Tabelle 10

Anmerkung 1: Der Betriebsfrequenzbereich („operating frequency range“ OFR) ist definiert über die Reduktion der von den Geräten abgestrahlten Aussendung um 10 dB ("10 dB-Bandbreite"). Die Grenzwerte für unerwünschte Aussendungen gelten für die Frequenzen außerhalb des Betriebsfrequenzbereiches. Die Messbandbreite für den Bereich der unerwünschten Aussendungen beträgt 1 MHz.

Anmerkung 2: Der angegebene Wert der maximalen mittleren spektralen Leistungsdichte (EIRP) gilt für die Mittelwertbildung über den gesamten Messzyklus $T_{\text{meas_cycle}}$ des Geräts einschließlich aller T_{off} -Zeiten in der 1 MHz-Auflösungsbandbreite des Messempfängers.

Anmerkung 3: Bänder gemäß RR Nr. 5.340 der Vollzugsordnung für den Funkdienst (VO Funk).

Anmerkung 4: Die maximale Spitzenleistung (EIRP) ist in einer Bandbreite von 1 GHz zu messen/zu bewerten.

Zusätzliche Anforderungen Funkortungssysteme für die Industrieautomatisierung in abgeschirmten Umgebungen (RDI-S)

1. Bei RDI-S muss die zusammenhängende 10 dB-Bandbreite 35 GHz oder mehr betragen.
2. RDI-S-Geräte dürfen nur in Innenräumen (d. h. innerhalb eines Gebäudes) oder in ähnlich abgeschirmten Umgebungen betrieben werden.
3. Es ist sicherzustellen, dass der Hauptstrahl des Geräts nicht auf Fenster oder andere schwach abgeschirmte Teile der abgeschirmten Umgebung gerichtet ist. Die Richtung des Hauptstrahls muss auf dem jeweiligen RDI-S Gerät angegeben sein.
4. Es ist sicherzustellen, dass sich keine unerwünschten Hindernisse im Hauptstrahl der Antenne befinden, um ungewollte Reflexionen und Streuungen zu minimieren.

5. RDI-S-Geräte mit langsamer Frequenzabtastrung („slow sweeping RDI-S“) mit Abtastflanken kleiner als 2,5 GHz/ms müssen die Frequenzteilbereiche gemäß RR Nr. 5.340 der VO Funk aussparen. Dies geschieht durch eine weitere Reduzierung der mittleren spektralen Leistungsdichte sowie der Spitzenleistung um mindestens 10 dB (d.h. die Grenzwerte in Tabelle 9 werden um 10 dB reduziert)

3. Befristung

Diese Allgemeinzuteilung ist bis zum 31.12.2033 befristet

4. Hinweise

1. Die oben genannten Frequenzbereiche werden auch für andere Funkanwendungen genutzt. Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Es besteht kein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen.
2. Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die dem Funkanlagengesetz (FuAG) entsprechen (§ 99 Abs. 6 TKG).
3. Diese Frequenzzuteilung berührt nicht rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- oder Erlaubnisvorbehalte (z. B. baurechtlicher oder umweltrechtlicher Art).
4. Der Frequenznutzer ist für die Einhaltung der Zuteilungsbestimmungen und für die Folgen von Verstößen, z. B. Abhilfemaßnahmen und Ordnungswidrigkeiten verantwortlich.
5. Beim Auftreten von Störungen sowie im Rahmen technischer Überprüfungen werden die gemäß Richtlinie 2014/53/EU („Funkanlagenrichtlinie“) bzw. gemäß dem FuAG verabschiedeten harmonisierten Normen zu Grunde gelegt. Hinweise zu Messvorschriften und Testmethoden, die zur Überprüfung der o. g. Parameter beachtet werden müssen, sind ebenfalls diesen Normen zu entnehmen.
6. Der Bundesnetzagentur sind gemäß § 103 TKG auf Anfrage alle zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung erforderlichen Auskünfte über das Funknetz, die Funkanlagen und den Funkbetrieb, insbesondere Ablauf und Umfang des Funkverkehrs, zu erteilen. Erforderliche Unterlagen sind bereitzustellen.
7. Die Beauftragten der Bundesnetzagentur sind gemäß § 28 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG) befugt, Grundstücke, Räumlichkeiten und Wohnungen, auf oder in denen aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte die Ursache störender Aussendungen zu vermuten ist, zu betreten. Zur Prüfung der Anlagen und Einrichtungen ist ihnen dies zu gestatten bzw. zu ermöglichen.
8. Die ECC-Entscheidung (22)03 enthält auch Anforderungen im Zusammenhang mit dem Inverkehrbringen und Vermarkten von Geräten.
9. Im Erwägungsgrund *m*) der ECC-Entscheidung (22)03 werden Inverkehrbringer von RDI-S Geräten gebeten, bestimmte Informationen mittels des im Anhang 3 der ECC-Entscheidung (22)03 enthaltenen Formulars an das Europäische Kommunikationsbüro (ECO) zu übermitteln.
10. Diese Allgemeinzuteilung kann gegebenenfalls aufgehoben und durch eine neue bzw. aktualisierte Allgemeinzuteilung ersetzt werden, insofern ein verpflichtend umzusetzender Durchführungsbeschluss der Europäischen Kommission zu bestimmten Funkortungssysteme im Frequenzbereich 116–260 GHz im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wird.

Vfg Nr. 91/2023**Änderung der Allgemeinzeilung Vfg. 109/2021 von Frequenzen für Induktive Geräte**

Die Allgemeinzeilung Vfg. 109/2021 wird wie folgt geändert:

Der zweite Absatz des einleitenden Abschnitts wird durch den folgenden Absatz ersetzt:

„Mit dieser Allgemeinzeilung erfolgt die verpflichtende Umsetzung der Entscheidung 2006/771/EG, zuletzt geändert durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2022/180 der Kommission vom 8. Februar 2022 im Hinblick auf die Aktualisierung der harmonisierten technischen Bedingungen im Bereich der Funkfrequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, L 29, S. 17-39, am 10. Februar 2022, in Deutschland.“

Der vierte Absatz des einleitenden Abschnitts wird durch den folgenden Absatz ersetzt:

„Die Kategorie der Induktiven Geräte umfasst Funkgeräte, die magnetische Felder mit Induktionsschleifensystemen für die Nahfeldkommunikation und Funkortung nutzen. Übliche Verwendungen sind Wegfahrsperrungen, Tierkennzeichnung, Alarmanlagen, Kabeldetektoren, Abfallbewirtschaftung, Personenidentifizierung, drahtlose Sprachverbindungen, Zugangskontrolle, Nahrungs- und Metallsensoren, Diebstahlsicherungssysteme sowie RF-Diebstahlsicherungssysteme mit Frequenzinduktion, Datenübertragung auf Handgeräte, automatische Artikelerkennung, drahtlose Steuerungssysteme und automatische Straßenmauerfassung.“

Mit dieser Anpassung erfolgt die Umsetzung der Entscheidung 2006/771/EG der Kommission, zuletzt geändert durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2022/180 der Kommission vom 08. Februar 2022, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union, L 29, S. 17-39, am 10. Februar 2022.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diese Allgemeinzeilung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erhoben werden.

221-5

Vfg Nr. 92/2023**Außerkräftsetzung von Funk-Schnittstellenbeschreibungen (SSBn) des Landfunks**

Im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 14 vom 26.07.2023 (Mitteilung Nr. 124/2023) wurde über die beabsichtigte Außerkräftsetzung von SSBn informiert. Den interessierten Kreisen der Öffentlichkeit wurde die Gelegenheit gegeben, innerhalb von 6 Wochen nach Erscheinen dieser Mitteilung Stellung zu nehmen.

Es sind keine Stellungnahmen, Anregungen bzw. Bedenken eingegangen.

Deshalb werden mit sofortiger Wirkung nachstehende SSBn außer Kraft gesetzt:

1. **LA-NOE 014** Schnittstellenbeschreibung für Funkanlagen für Anwendungen öffentlicher Eisenbahnen, Ausgabe: April 2013, notifiziert unter Nr. 2013/0362/D,
2. **LA-NOE 015** Schnittstellenbeschreibung für Funkanlagen für Verkehrstelematik, Ausgabe: Dezember 2012, notifiziert unter Nr. 2013/0104/D,
3. **LA-NOE 017** Schnittstellenbeschreibung für Funkanlagen mit geringer Reichweite für aktive medizinische Implantate und Zusatzgeräte, Ausgabe: Dezember 2012, notifiziert unter Nr. 2013/0105/D,
4. **LA 145** Schnittstellenbeschreibung für Kraftfahrzeug-Kurzstreckenradare (Short Range Radar, SRR), Ausgabe: September 2013, notifiziert unter Nr. 2013/0652/D.

421

Vfg Nr. 93/2023**TKG § 170 Absatz 6; Technische Richtlinie zur Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen zur Überwachung der Telekommunikation, Erteilung von Auskünften (TR TKÜV);****Neue Ausgabe 8.2;****Bekanntgabe der Technischen Richtlinie gemäß § 210 TKG**

Durch Weiterentwicklungen in der Technischen Spezifikation 3GPP TS 33.128 zur technischen Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen in 5G-Mobilfunknetzen sowie aufgrund veränderter Anforderungen an die Bereitstellung einer vollständigen Überwachungskopie wurden Anpassungen in der TR TKÜV notwendig. Darüber hinaus bestand inhaltlicher und redaktioneller Anpassungsbedarf in anderen Teilen der TR TKÜV. Hierzu wurde die neue Ausgabe 8.2 der TR TKÜV erarbeitet.

Die Ausgabe 8.2 der Technischen Richtlinie wurde gemäß § 170 Absatz 6 TKG i. V. m. § 36 TKÜV von der Bundesnetzagentur im Benehmen mit den berechtigten Stellen und unter Beteiligung der Verbände der Verpflichteten und der Hersteller der Überwachungseinrichtungen und der Aufzeichnungs- und Auswertungseinrichtungen erstellt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur erhoben werden. Der Widerspruch hat gemäß § 217 Absatz 1 TKG keine aufschiebende Wirkung.

Die Ausgabe 8.2 der TR TKÜV wird auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.bundesnetzagentur.de/tku veröffentlicht und gilt gemäß § 210 Satz 2 Ziffer 2 Satz 2 TKG zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur als bekannt gegeben.

ITS16-3 / 05.09.2023

Regulierung

Energie

Vfg Nr. 94/2023

Art. 6 Abs. 3, 18 Abs. 1 b) VO (EU) 2017/2195;

Verfahren zur Genehmigung des Änderungsantrags für die Modalitäten für Bilanzkreisverantwortliche, Standardbilanzkreisvertrag Strom (BK6-23-102)

Die deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) haben der Bundesnetzagentur einen Änderungsvorschlag für den bestehenden Standardbilanzkreisvertrag (Strom) zur Genehmigung gemäß Art. 5 Abs. 4 c) i.V.m. Art. 18 Abs. 1 b), Abs. 6, Art. 6 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/2195 der Kommission vom 23.11.2017 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem (Guideline on Electricity Balancing, EB GL) vorgelegt. Damit machen die ÜNB in Ansehung des von ihnen identifizierten Änderungsbedarfs von der Möglichkeit zur Beantragung von Änderungen nach Art. 6 Abs. 3 EB GL Gebrauch. Der Vertragstext wurde nach Konsultation durch eine erst nachträglich bekannt gewordene und mit der Bundesnetzagentur abgestimmten Neuerung zum Startzeitpunkt für die Intraday-Fahrplanabwicklung ergänzt.

Der zu genehmigende Antrag soll den aktuell gültigen Standardbilanzkreisvertrag (Festlegung der Beschlusskammer 6 vom 12.04.2019, BK6-18-061) in dem Umfang der genehmigten Änderungen ersetzen. Im Übrigen gelten die bisherigen Regelungen fort.

Die konsultierten Änderungen am Messstellenbetreiber-Rahmenvertrag sollen nach Veröffentlichung durch die ÜNB zum 01.04.2024 in Kraft treten.

Die Abgabe von Konsultationsbeiträgen ist möglich bis spätestens

Freitag, 06. Oktober 2023 (Eingang hier mit Anlagen).

Für die Durchführung der Konsultation erteilt die Beschlusskammer folgende Hinweise:

- Bitte verwenden Sie für die Abgabe von Stellungnahmen ausschließlich das bereit gestellte Excel-Formular. Innerhalb des Excel-Formulars wählen Sie bitte das passende Registerblatt und dort in der Spalte „Kapitel“ bitte jeweils dasjenige Kapitel des Konsultationsdokumentes aus, auf das sich Ihre Stellungnahme bezieht. Für inhaltlich nicht zusammenhängende Anmerkungen nutzen Sie bitte gesonderte Tabellenzeilen.
- Die Bundesnetzagentur behält sich vor, die eingegangenen Stellungnahmen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur zu veröffentlichen. Soweit in den übermittelten Dokumenten personenbezogene Daten (z.B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des Betroffenen in die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten einzuholen oder zusätzlich eine für die Veröffentlichung bestimmte Fassung zu übersenden, in der die personenbezogenen Daten geschwärzt sind. Entsprechendes gilt, soweit in den übermittelten Stellungnahmen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten sind.
- Bitte richten Sie Ihre Stellungnahme ausschließlich per E-Mail an poststelle.bk6@bnetza.de.

Die zur Konsultation stehenden Dokumente nebst Erläuterungen zu den geplanten Prozessänderungen sowie das Excel-Formular zur Abgabe von Stellungnahmen können über die Homepage der Bundesnetzagentur unter

www.bundesnetzagentur.de → Beschlusskammern → Beschlusskammer 6 → Laufende Verfahren → BK6-23-102

abgerufen werden.

Az.: BK6-23-102

Vfg Nr. 95/2023

EnWG § 29;

Festlegungsverfahren zur Änderung der Festlegungen vom 06.11.2020 (BK6-20-059), vom 12.03.2021 (BK6-20-060) und vom 23.03.2021 (BK6-20-061) – Verfahrenseröffnung

Az.: BK6-23-241

Die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur hat am 31.08.2023 gemäß § 29 EnWG ein Verfahren zur Änderung der o. g. Festlegungen eingeleitet. Gegenstand des Verfahrens ist die Prüfung von Änderungen der Festlegungen mit dem Ziel, eine zügige, aber schrittweise Realisierung des gezielten bilanziellen Ausgleichs in den Verteilernetzen zu fördern.

Weitere Informationen sind unter www.bundesnetzagentur.de > Beschlusskammern > Beschlusskammer 6 > laufende Verfahren unter o. g. Aktenzeichen veröffentlicht.

Mitteilungen

Telekommunikation

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 164/2023

§ 12 Absatz 1 Telekommunikationsgesetz (TKG) Veröffentlichung eines Konsultationsentwurfes zur Marktdefinition und Marktanalyse betreffend den Markt Anrufzustellung auf der Vorleistungsebene in einzelnen öffentlichen Telefonnetzen an festen Standorten (Markt Nr. 1 der Märkte-Empfehlung 2014)

BK 1-23/001

Gemäß § 12 Absatz 1 TKG wird hiermit bekannt gegeben, dass ein Konsultationsentwurf im o.g. Verfahren ab Erscheinen dieses Amtsblattes auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle / Nationale Konsultation eingesehen bzw. heruntergeladen werden kann. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind nach § 12 Absatz 1 Satz 2 TKG geschwärzt.

Zu dem Entwurf kann bis zum 20.10.2023 Stellung genommen werden.

Stellungnahmen sind auf dem Postweg oder in elektronischer Form – jeweils in deutscher Sprache – zu richten an die Bundesnetzagentur, Dienststelle 124a, Postfach 8001, 53105 Bonn oder an folgende E-Mail-Adresse: 124-postfach@bnetza.de.

Sofern Ihre Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und/oder personenbezogene Daten enthält, fügen Sie bitte eine öffentliche Fassung Ihrer Stellungnahme ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und/oder ohne personenbezogene Daten bei. Wenn Sie keine geschwärzte Fassung beifügen, wird davon ausgegangen, dass Ihre Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und/oder personenbezogene Daten enthält und veröffentlicht werden kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Stellungnahmen als Ergebnis des Konsultationsverfahrens gem. § 12 Abs.1 S. 2 TKG auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden, worauf wiederum auch im Amtsblatt hingewiesen werden wird.

Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

BK 1-23/001

Mitteilung Nr. 165/2023

TKG §§ 13 Abs. 2, 12 Abs. 1 i.V.m. § 192 TKG;
**Veröffentlichung eines Entscheidungsentwurfs wegen des vollständigen Widerrufs von
Regulierungsverfügungen betreffend den Markt für die Anrufzustellung in einzelne Festnetze**

Gemäß §§ 13 Abs. 2, 12 Abs. 1 i.V.m. § 192 TKG wird hiermit veröffentlicht, dass im Internet der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle / Nationale Konsultationen ab dem **20.09.2023** ein (Muster-)Konsultationsentwurf wegen des Widerrufs von Verpflichtungen auf dem Markt für die Anrufzustellung in einzelne Festnetze betreffend die Unternehmen in der nachfolgend aufgeführten Tabelle eingesehen bzw. heruntergeladen werden kann.

Aktenzeichen	Betroffene
BK3d-23/011	Telekom Deutschland GmbH
BK3d-23/012	1 & 1 Versatel Deutschland GmbH
BK3d-23/013	Plusnet GmbH
BK3d-23/014	IN-telegence GmbH
BK3d-23/015	Vodafone GmbH
BK3d-23/016	Vodafone Kabel Deutschland GmbH
BK3d-23/017	Vodafone BW GmbH
BK3d-23/018	Vodafone NRW GmbH
BK3d-23/019	ecotel communication AG
BK3d-23/020	3U TELECOM GmbH
BK3d-23/021	EXACOR GmbH
BK3d-23/022	Spider Telecom GmbH
BK3d-23/023	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG
BK3d-23/024	First Telecom GmbH
BK3d-23/025	outbox AG
BK3d-23/026	bn:t Blatzheim Networks Telecom GmbH
BK3d-23/027	mobileExtension GmbH
BK3d-23/028	DNS:NET Internet Service GmbH
BK3d-23/029	sdt.net AG
BK3d-23/030	inexio Informationstechnologie und Telekommunikation GmbH
BK3d-23/031	toplink GmbH
BK3d-23/032	WOBCOM GmbH
BK3d-23/033	Callax Telecom Services GmbH
BK3d-23/034	VSE Net GmbH
BK3d-23/035	NetAachen GmbH
BK3d-23/036	MPA Net Gesellschaft für Telekommunikation mbH
BK3d-23/037	01051 Telecom GmbH



BK3d-23/038	dtms GmbH
BK3d-23/039	net services GmbH & Co. KG
BK3d-23/040	DOKOM Gesellschaft für Telekommunikation mbH
BK3d-23/041	goetel GmbH
BK3d-23/042	HL komm Telekommunikations GmbH
BK3d-23/043	BITel Gesellschaft für Telekommunikation mbH
BK3d-23/044	wilhelm.tel GmbH
BK3d-23/045	NetCologne Gesellschaft für Telekommunikation mbH
BK3d-23/046	ENTEGA MediaNet GmbH
BK3d-23/047	MEGA Communications GmbH
BK3d-23/048	netzquadrat Gesellschaft für Telekommunikation mbH
BK3d-23/049	HFO Telecom GmbH
BK3d-23/050	M-net Telekommunikations GmbH
BK3d-23/051	HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG
BK3d-23/052	TNG-Stadtnetz GmbH
BK3d-23/053	MDCC Magdeburg-City-Com GmbH
BK3d-23/054	PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH
BK3d-23/055	Orange Business Germany GmbH
BK3d-23/056	COLT Technology Services GmbH
BK3d-23/057	htp GmbH
BK3d-23/058	First Communication GmbH
BK3d-23/059	Multiconnect GmbH
BK3d-23/060	BT (Germany) GmbH & Co. oHG
BK3d-23/061	G-FIT Gesellschaft für innovative Telekommunikationsdienste mbH & Co. KG
BK3d-23/062	Verizon Deutschland GmbH
BK3d-23/063	EWE TEL GmbH
BK3d-23/064	envia TEL GmbH
BK3d-23/065	MK Netzdienste GmbH & Co. KG
BK3d-23/066	OpenNumbers GmbH
BK3d-23/067	PLANinterNET VoIP-GmbH
BK3d-23/068	Stadtwerke Schwedt GmbH
BK3d-23/069	Median Telecom GmbH
BK3d-23/070	Daten- und Telekommunikations- GmbH Dessau
BK3d-23/071	Alnitak GmbH
BK3d-23/072	01049 GmbH
BK3d-23/073	Ventelo GmbH

BK3d-23/074	Broadnet Services GmbH
BK3d-23/075	T&Q Netzbetriebs GmbH & Co. KG

Stellungnahmen interessierter Parteien sind unter Angabe des jeweiligen Aktenzeichens in elektronischer Form – in deutscher Sprache – zu richten an das Postfach:

BK3-Konsultation@BNetzA.de

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Stellungnahmen als Ergebnis des Konsultationsverfahrens gem. § 12 Abs. 1 S. 2 TKG im Internet der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

Sofern eine Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten. Wenn keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält und unverändert veröffentlicht werden kann, vgl. § 216 TKG.

Soweit in dem Dokument personenbezogene Daten (z.B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

Das Konsultationsverfahren beginnt am 20.09. und endet am 20.10.2023.

Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

Mitteilung Nr. 166/2023**TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192;****Veröffentlichung der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens betreffend den Entwurf der Entgeltgenehmigung in dem Verwaltungsverfahren auf Antrag der Telekom Deutschland GmbH wegen Genehmigung der Entgelte für Kollokationsstrom, Raumlufttechnik und manuelle Stromzählerablesung**

Der Entwurf der Entscheidung im o. g. Verfahren wurde am 09.08.2023 im Internet veröffentlicht. Ein entsprechender Hinweis erschien im Amtsblatt 15/2023 vom 09.08.2023 als Mitteilung Nr. 127. Die Stellungnahmefrist endete am 11.09.2023. Die eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen können ab Erscheinen dieses Amtsblatts im Internet der Bundesnetzagentur unter „Einheitliche Informationsstelle / Nationale Konsultation“ eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Die Beschlusskammer wertet die Stellungnahmen aus und prüft den Entscheidungsentwurf dahingehend, ob und ggf. inwieweit dieser im Lichte der Stellungnahmen anzupassen ist. Es ist beabsichtigt, den überarbeiteten Entwurf nach behördeninterner Information und Abstimmung (§ 211 Abs. 3 TKG) und Beteiligung des Bundeskartellamts (§ 197 Abs. 2) gemäß § 12 Abs. 2, S. 1 TKG der EU-Kommission, dem GEREK und den übrigen nationalen Regulierungsbehörden zur Verfügung zu stellen. Der Entscheidungsentwurf ist dann auf den Internetseiten der EU-Kommission abrufbar.

Die endgültige Entgeltgenehmigung ergeht im Anschluss an das Notifizierungsverfahren und wird ebenfalls im Amtsblatt und auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

BK3a-23/005

Mitteilung Nr. 167/2023**§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Gewährung eines diskriminierungsfreien, offenen Netzzugangs zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen oder Telekommunikationslinien****hier: BK11-23-007**

Das o. g. Verfahren ruht auf übereinstimmenden Willen der Parteien ab dem 30.08.2023 bis zum 15.09.2023.

BK11-23-007

Mitteilung Nr. 168/2023**Einstellung der Verfahren wegen Überprüfung der Standardangebote Wholesale Ethernet VPN (BK2c 19/009), Wholesale Ethernet P2P (BK2c 19/010) und Wholesale Ethernet HBS (BK2c 19/011)**

Die Verfahren wegen der Überprüfung der Standardangebote Wholesale Ethernet VPN (BK2c 19/009), Wholesale Ethernet P2P (BK2c 19/010) und Wholesale Ethernet HBS (BK2c 19/011) werden eingestellt, da die Verpflichtung zur Veröffentlichung eines einheitlichen Standardangebots nicht mehr besteht.

BK2c 19/009, BK2c 19/010 und BK2c 19/011

Mitteilung Nr. 169/2023**Einstellung des Standardangebotsverfahrens über eine Zusatzvereinbarung zu den Standardverträgen/Verträgen wegen der Abschaltung des SDH-Netzes inkl. der 1850er SDH-Plattform (BK2c-20-023)**

Das Standardangebotsverfahren über eine Zusatzvereinbarung zu den Standardverträgen/Verträgen wegen der Abschaltung des SDH-Netzes inkl. der 1850er SDH-Plattform (BK2c-20-023) wird eingestellt. Die erforderlichen Regelungen wurden bereits umfassend im Verfahren BK2b-21/004 getroffen.

BK2c-20/023

Mitteilungen

Energie

Teil A Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 170/2023



Bundesnetzagentur

Höchstspannungsleitung Urberach – Pfungstadt – Weinheim – G380 – Altlußheim – Daxlanden (Vorhaben 19 BBPlG), Abschnitt Nord1 (Urberach – Pfungstadt – Weinheim)

Planfeststellung: Öffentliche Bekanntmachung über den Erlass und die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 24 Abs. 2 und Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m. § 74 Abs. 4 und 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 27 Abs. 1 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Bundesnetzagentur als Planfeststellungsbehörde gemäß § 1 Nr. 1 Planfeststellungszuweisungsverordnung (PlfzV) hat mit Beschluss vom 29.08.2023, Az.: 6.07.01.02/19-2/1/25.0, den Plan für das obige Vorhaben gemäß § 24 Abs. 1 NABEG festgesetzt.

Im Verfahren wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 4 ff. UVPG durchgeführt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Die sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses ist gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) angeordnet.

I. Verfügender Teil

Der verfügbare Teil des Beschlusses (Kapitel A.I.) lautet auszugsweise: Der aus den unter II.1 aufgeführten Unterlagen bestehende Plan für den Abschnitt Nord 1 (Urberach – Pfungstadt – Weinheim) des Vorhabens Nr. 19 des Bundesbedarfsplangesetzes (Urberach – Pfungstadt – Weinheim – G380 – Altlußheim – Daxlanden, Drehstrom) der Ampion GmbH (im Folgenden: Vorhabenträgerin) wird einschließlich der Mitnahme der 110-kV-Leitungen (BL 0112 und BL 0171) der Westnetz GmbH nach Maßgabe der Änderungen, Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie Zusagen der Vorhabenträgerin festgesetzt.

Der Beschluss führt alle Unterlagen des Plans, die festgelegt werden, auf (Kapitel A.II.1): Maschinzeichnungen und -tabellen, Lagepläne in der Fassung der 1. Deckblattänderung, Profilpläne, Rechtsverkehrsverzeichnisse in der Fassung der 1. Deckblattänderung, Kreuzungsverzeichnisse in der Fassung der 1. Deckblattänderung, Teile des Landschaftspflegeischen Begleitplans in der Fassung der 1. Deckblattänderung, Lagepläne (Wasserhaltung, temporäre Wasserleitungen und Einleitstellen).

- Der Planfeststellungsbeschluss trifft Entscheidungen über
 - § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung vom Verbot des § 30 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG für die erhebliche Beeinträchtigung der folgenden Biotope:
 - 06.113 „Feucht- und Nasswiesen (Sumpfdotterblumenwiesen)“ auf einer Fläche von insgesamt 190 m² für dauerhafte Beeinträchtigungen, davon 14 m² für die fundamentbedingte Vollversiegelung an Mast Nr. 6 (BL 4604) und 176 m² für die dauerhaften Beeinträchtigungen in der Mastinnenfläche.
 - 06.114 „Extensiv genutzte Feuchtwiesen“ auf einer Fläche von insgesamt 202 m² für dauerhafte Beeinträchtigungen, davon 14 m² für die fundamentbedingte Vollversiegelung an Mast Nr. 37 (BL 4604) und 188 m² für die dauerhaften Beeinträchtigungen in der Mastinnenfläche.
- Naturschutzgebiet „Erlache bei Bensheim“ (1431031): Von den Verboten des § 3 Nr. 1, 2, 5, 6, 7, 9, 11 der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Erlache bei Bensheim“ vom 05.12.2000 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 28/2004, S. 2298, Nr. 669) wird gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt.
- Naturschutzgebiet „Griesheimer Bruch“ (1432027): Von den Verboten des § 3 Nr. 1, 2, 5, 6, 8, 12 der Verordnung des Regierungspräsidiums über das Naturschutzgebiet „Griesheimer Bruch“ vom 07.02.2000 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 9/2000, S. 767 ff., Nr. 216) wird gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt.
- Naturschutzgebiet „Torfkante – Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ (1433004): Von dem Verbot des § 4 Abs. 2 Nr. 2 der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Torfkante-Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 07.08.1979 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 35/1979, S. 1762 ff., Nr. 965) wird gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt.
- Naturschutzgebiet „Teiche am Landgraben“ (2107): Von den Verboten des § 4 Abs. 2 Nr. 1, 2, 3, 4, 7, 8, 12, 13 der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet „Teiche am Landgraben“ vom 30.10.1987 (GBl. v. 29.01.1988, S. 8) wird gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt.
- Landschaftsschutzgebiete „Stadt Darmstadt“ (2411001): Für die genehmigungsbedürftigen Tatbestände nach § 4 Abs. 1 Nr. 1, 3, 10, 18 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Stadt Darmstadt“ vom 23.06.2004 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 28/2004, S. 2298, Nr. 669) zuletzt geändert durch Verordnung vom 18.07.2016 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 33/2016, S. 868) wird gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 der Schutzgebietsverordnung die Genehmigung erteilt.
- Landschaftsschutzgebiet „Forehah“ (2431001): Von den Verboten des § 2 der Verordnung des Regierungspräsidenten Darmstadt für das Landschaftsschutzgebiet „Forehah“ in den Landkreisen Bergstraße und Groß-Gerau vom 12.05.1956 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 24/1956, S. 582), zuletzt geändert durch Verordnung des Regierungspräsidenten Darmstadt zur Änderung der Verordnung vom 07.05.2007 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 23/2007, S. 1156), wird gemäß § 4 der Verordnung eine Ausnahme erteilt.
- Landschaftsschutzgebiet „Landkreis Offenbach“ (2438991): Für die Tat-

- bestände nach § 4 Abs. 1 Nr. 1, 3, 11 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Landkreis Offenbach“ vom 13.03.2000 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 14/2000, S. 1123 Nr. 319) zuletzt geändert durch Verordnung vom 30.10.2015 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 48/2015, S. 1213) wird die Genehmigung gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2 der Verordnung erteilt.
- Freihaltung von Gewässern und Uferzonen: Von dem Verbot der Errichtung baulicher Anlagen an stehenden Gewässern mit einer Größe von mehr als 1 Hektar im Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG wird hinsichtlich der Errichtung der Masten Nrn. 69 und 70 (BL 4604) im Bereich des stehenden Gewässers Erlache sowie des angrenzenden Kiesabbauwassers gemäß § 61 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG eine Ausnahme erteilt.
- Mit dem Planfeststellungsbeschluss gelten die folgenden wasserrechtlichen Genehmigungen, Befreiungen und Ausnahmen als erteilt:
 - Genehmigung der Überspannung der im Kreuzungsverzeichnis (Planunterlagen Reg. 8.1, S. 8-17, Reg. 8.2 DB1, S. 11-28, Reg. 8.4, S. 8, Reg. 8.6, S. 8, Reg. 8.7 DB1, S. 7 und Reg. 8.12 DB1, S. 7) aufgeführten Gewässer sowie für die darin aufgeführten Längsführungen an den Gewässern gemäß § 22 HWG i. V. m. § 36 Abs. 1 Satz 2 WHG.
 - Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG für das Entfernen von in Gewässerrandstreifen befindlichen standortgerechten Bäumen und Sträuchern im Bereich der Arbeitsflächen für die in Hessen belegenen Masten Nr. 8 der BL 4604, Nrn. 180 und 181 der BL 4504 gemäß § 38 Abs. 5 WHG i. V. m. § 23 Abs. 3 HWG sowie im Bereich der Arbeitsflächen für die in Baden-Württemberg belegenen Masten Nr. 223 (BL Nrn. 4505) und Nr. 52 (BL 0171) gemäß § 38 Abs. 5 WHG i. V. m. § 29 Abs. 4 WG BW.
 - Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 38 Abs. 4 Satz 2 WHG für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Zuge des Rückbaus des Mast Nr. 180 der BL 4504 an dem Gewässer Erlache gemäß § 38 Abs. 5 WHG i. V. m. § 23 Abs. 3 HWG.
 - Befreiung von den Verboten des § 4 Nr. 2 lit. a und b WSG-VO WW Eschollbrücken & Pfungstadt für die Baustelleneinrichtungen im Umfang von ca. 1,4 ha in der Schutzzone II des Wasserschutzgebiets WW Eschollbrücken im Bereich der Masten Nr. 14 bis Nr. 16 (BL 4604) sowie für die Bebauung durch diese Masten gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG.
 - Befreiung von den Verboten des § 4 Nr. 3 lit. b WSG-VO WW Eschollbrücken & Pfungstadt für die Überspannung des Brunnens 52 in der Schutzzone I des Wasserschutzgebiets WW Eschollbrücken gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG.
 - Befreiung von den Verboten des § 4 Nr. 2 lit. i WSG-VO WW Eschollbrücken & Pfungstadt für Bodeneingriffe, durch die im Bereich der Neubau-Masten Nrn. 14-16 der BL 4604 in der Schutzzone II des Wasserschutzgebiets Eschollbrücken die belebte Bodenebene verletzt oder die Deckschichten vermindert werden, gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG.
 - Ausnahme von den Verboten des § 5 Abs. 1 WSG-VO „Badische Bergstraße“ für die Errichtung baulicher Anlagen in Form von Baustelleneinrichtungen im Umfang von ca. 9 ha in der Schutzzone II des Wasserschutzgebiets WZV Badische Bergstraße im Bereich der Masten 86-88 (BL 4604) sowie für das Errichten des Mast 87 in der Schutzzone II des Wasserschutzgebiets WZV Badische Bergstraße (BL 4604) gemäß § 3 Abs. 2 der vorgenannten Wasserschutzgebietsverordnung.
 - Ausnahme von den Verboten des § 5 Abs. 1 WSG-VO „Badische Bergstraße“ für die Herstellung von Erdauflüssen wie Gruben und Bohrungen in der Schutzzone II des Wasserschutzgebiets WZV Badische Bergstraße im Bereich des Neubauastes Nr. 87 der BL 4604 sowie der Rückbaumasten Nrn. 27-29 der BL 0171 und Nrn. 201-203 der BL 4505 gemäß § 3 Abs. 2 der vorgenannten Wasserschutzgebietsverordnung.
 - Ausnahme vom Verbot der §§ 5 Abs. 6, 6 Abs. 5 WSG-VO „Badische Bergstraße“ gemäß § 3 Abs. 2 WSG-VO „Badische Bergstraße“ für das Lagern wassergefährdender Stoffe im Bereich der Schutzzone II und III des Wasserschutzgebiets WZV Badische Bergstraße im Bereich des Neubauastes Nr. 87 der BL 4604 sowie der Rückbaumasten Nrn. 27-29 der BL 0171 und Nrn. 201-203 der BL 4505 gemäß § 3 Abs. 2 der vorgenannten Wasserschutzgebietsverordnung.
 - Befreiung vom Verbot des § 3 Ziff. 1 lit. g der WSG-VO „WW Feuersteinberg“ gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG für das Lagern wassergefährdender Stoffe im Bereich der Schutzzone III des Wasserschutzgebiets WW Feuersteinberg im Bereich der Neubauasten Nrn. 62-67 der BL 4604 und Rückbaumasten Nrn. 168-172, 1173, 1174 der BL 4504.
 - Für die Errichtung der Masten Nrn. 84 bis 91 und Nrn. 93 bis 99 des planfestgestellten Vorhabens im Überschwemmungsgebiet „Flutungsmodell, Abgabeblock 4 (3954)“ wird eine Genehmigung nach § 78 Abs. 5 S. 1 WHG erteilt.
- Der Planfeststellungsbeschluss erteilt folgende forstrechtliche Genehmigungen:
 - Genehmigung für die Rodung von 8.343 m² Wald und 210 m² Schutzwald zum Zwecke einer dauerhaften Nutzungsänderung gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 1 HWaldG. Für die dauerhafte Waldumwandlung von 210 m² Schutzwald der „Erklärung von Waldfächen in der Stadt Darmstadt,

- Gemarkungen Darmstadt und Eberstadt sowie im Landkreis Darmstadt-Dieburg in der Gemarkung Pfungstadt, Stadt Pfungstadt, zu Schutzwald vom 22.02.1999, geändert am 13.07.2007 und 14.01.2009 (Hess. StAnz. 18/1999, Seite 1408; 33/2007, Seite 1603; 7/2009, Seite 414; Az. 10-6116-SW) wird der Schutzwaldschutz dauerhaft aufgehoben.
- Genehmigung für die Rodung von 21.405 m² Wald und 9.149 m² Schutzwald zum Zwecke einer vorübergehenden Nutzungsänderung mit dem Ziel der späteren Wiederbewaldung gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 2 HWaldG. Für die vorübergehenden Waldumwandlungen von 9.149 m² wird der Schutzwaldschutz der nachfolgenden Erklärungen entsprechend vorübergehend aufgehoben:
 - Erklärung von Waldfächen in der Stadt Darmstadt, Gemarkungen Darmstadt und Eberstadt sowie im Landkreis Darmstadt-Dieburg in der Gemarkung Pfungstadt, Stadt Pfungstadt, zu Schutzwald vom 22.02.1999, geändert am 13.07.2007 und 14.01.2009 (Hess. StAnz. 18/1999, Seite 1408; 33/2007, Seite 1603; 7/2009, Seite 414; Az. 10-6116-SW)
 - Erklärung von Waldfächen in der Gemarkung Offenbach, Stadt Dreieich, in den Gemarkungen Urberach und Ober-Roden, Stadt Rödermark, Landkreis Offenbach, zu Schutzwald vom 21.04.1999 (Hess. StAnz. 31/1999, Seite 2429; Az. 06-6118-SW)
 - Erklärung von Waldfächen im Bereich der Stadt Darmstadt, Gemarkung Wixhausen, im Landkreis Offenbach, Gemarkung Erzhäuser, Gemeinde Erzhäuser und Gemarkung Gräfenhausen, Stadt Weiterstadt, sowie im Landkreis Offenbach, Gemarkung Egelsbach, Gemeinde Egelsbach, zu Schutzwald vom 19.01.1999 (Hess. StAnz. 13/1999, Seite 929; Az. 08-6116-SW).
 - Der genaue Umfang sowie die Begründung der Genehmigungen ergeben sich aus Kapitel B.V.4.4). Die genauen Abgrenzungen der Waldumwandlungsflächen entsprechen den Darstellungen in Reg. 23.1 DB1 „Waldbeanspruchungskarte“, Blätter 1 bis 9 in Verbindung mit den Darstellungen in Register 18.3.1 BuPlan HE DB1.
- Denkmalschutzrechtliche Erlaubnisse: Für die Errichtung des planfestgestellten Vorhabens in der Umgebung der nachfolgend genannten (B = Bestandsmast, N = Neubaumast, R = Rückbaumast) und in Planunterlage 17.1.6, Bl. 1-11, dargestellten unbeweglichen Kulturdenkmäler in Hessen wird nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 HDschG die Genehmigung für die entsprechenden Substanzeingriffe erteilt: Urberach 3, Urberach 40, Urberach 39, Urberach 5, Urberach 41, Urberach 34, Gräfenhausen 3, Gräfenhausen 11, Gräfenhausen 4, Arheilgen 16, Arheilgen 12, Arheilgen 14, Messel 12, Arheilgen 4, Arheilgen 15, Messel 2, Arheilgen 6, Arheilgen 17, Wixhausen 12, Messel 3, Arheilgen 9, Wixhausen 7, Wixhausen 6, Wixhausen 8, Wixhausen 3, Schneppenhausen 2, Schneppenhausen 3, Worfelden 3, Worfelden 24, Worfelden 19, Worfelden 21, Worfelden 23, Worfelden 22, Büttelborn 65, Büttelborn 27, Büttelborn 30, (ca. 150 m von Nr. 120 B), Griesheim 8, Griesheim 60, Griesheim 36, Griesheim 72, Griesheim 48, Griesheim 20, Griesheim 27, Griesheim 19, Griesheim 86, Griesheim 71, Griesheim 89, Griesheim 49, Griesheim 90, Griesheim 42, Wolfskehlen 55, Wolfskehlen 75, Wolfskehlen 17, Wolfskehlen 72, Griesheim 80, Griesheim 61, Wolfskehlen 73, Griesheim 39, Griesheim 75, Griesheim 41, Griesheim 73, Griesheim 47, Griesheim 57, Griesheim 35, Griesheim 98, Wolfskehlen 45, Griesheim 93, Griesheim 4, Griesheim 97, Griesheim 53, Griesheim 94, Griesheim 55, Griesheim 24, Griesheim 54, Griesheim 95, Griesheim 78, Griesheim 63, Griesheim 52, Eschollbrücken 3, Pfungstadt 49, Pfungstadt 53, Pfungstadt 2, Pfungstadt 3, Pfungstadt 10, Bickenbach 28, Bickenbach 2, Bickenbach 7, Bickenbach 17, Bickenbach 19, Hähnlein 4, Hähnlein 28, Hähnlein 15, Hähnlein 35, Hähnlein 43, Hähnlein 42, Hähnlein 23, Hähnlein 8, Hähnlein 24, Hähnlein 13, Hähnlein 18, Hähnlein 31, Hähnlein 10, Gernsheim 25, Hähnlein 36, Hähnlein 14, Hähnlein 44, Hähnlein 29, Hähnlein 45, Hähnlein 38, Hähnlein 32, Hähnlein 37, Hähnlein 11, Hähnlein 16, Hähnlein 39, Hähnlein 3, Hähnlein 3, Hähnlein 2, Hähnlein 22, Hähnlein 5, Hähnlein 30, Hähnlein 12, Hähnlein 40, Langwaden 1, Langwaden 2, Schwanheim 991, Schwanheim 6, Rodau 4, Schwanheim 15, Schwanheim 14, Schwanheim 11, Schwanheim 13, Schwanheim 3, Schwanheim 9, Schwanheim 10, Schwanheim 12, Schwanheim 22, Schwanheim 19, Schwanheim 24, Schwanheim 8, Schwanheim 2, Schwanheim 5, Schwanheim 20, Schwanheim 4, Schwanheim 25, Schwanheim 38, Schwanheim 21, Schwanheim 7, Schwanheim 17, Lorsch 82, Bensheim 39, Bensheim 35, Lorsch 71, Bensheim 42, Lorsch 19, Lorsch 51, Bensheim 26, Bensheim 31, Bensheim 29, Bensheim 25, Bensheim 18, Heppenheim 50, Heppenheim 4, Heppenheim 57, Heppenheim 35, Heppenheim 36, Heppenheim 62, Heppenheim 46, Heppenheim 48, Heppenheim 86, Heppenheim 37, Heppenheim 59, Heppenheim 58, Heppenheim 61, Heppenheim 51, Heppenheim 38, Untere Neuwiesen, Weinheim, Obersteinkleinsend,
 - Verkehrsrechtliche Genehmigungen/Erlaubnisse
 - Für die Errichtung des Neubauastes Nr. 67 (BL 4604) in der Bauverbotszone von Bundesfernstraßen wird eine Ausnahme gemäß § 9 Abs. 8 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FStrG erteilt.
 - Zur Errichtung der Neubauasten Nrn. 20 und 105 (BL 4604) in der Bauverbotszone von Bundesfernstraßen wird gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FStrG die Zustimmung erteilt.



- Für die Errichtung des Provisoriums Mast Nr. P 2 in der Bauverbotszone von Landes- bzw. Kreisstraßen wird eine Ausnahme gemäß § 23 Abs. 8 StrG Hessen erteilt.
- Zur Errichtung der Neubaumasten Nr. 17, 24, 45 und 146 in der Baubeschränkungszone von Landes- bzw. Kreisstraßen wird gemäß § 23 Abs. 2 Nr. 1 StrG Hessen die Zustimmung erteilt.
- Für die temporäre Benutzung der BAB 5, BAB 67, BAB 659, B 3, B 26, B 42, B 47, B 426 und B 460 durch die Installation von Rollenleinsystemen und temporärer Schutzgerüste wird nach § 8 Abs. 1 Satz 2 FStrG die Erlaubnis zur Sondernutzung erteilt. Die Erlaubnis ist für den Zeitraum des Baus der BL 4604 befristet.
- Für die temporäre Benutzung der L3303, L3094, L3097, L3112, L3261, L3317, L3345 und L3398 durch die Installation temporärer Schutzgerüste wird nach § 16 Abs. 1 StrG Hessen die Erlaubnis zur Sondernutzung erteilt. Die Erlaubnis ist für den Zeitraum des Baus der BL 4604 befristet.
- Für die temporäre Benutzung der K 31, K 139, K 149 und K 167 durch die Installation eines Rollenleinsystems bzw. temporärer Schutzgerüste wird nach § 16 Abs. 1 StrG Hessen die Erlaubnis zur Sondernutzung erteilt. Die Erlaubnis ist für den Zeitraum des Baus der BL 4604 befristet.
- Für die temporäre Benutzung der L 3110 durch die Installation temporärer Schutzgerüste wird nach § 16 Abs. 1 StrG BW die Erlaubnis zur Sondernutzung erteilt. Die Erlaubnis ist für den Zeitraum des Baus der BL 4604 befristet.
- Nebenbestimmungen (Kapitel AV) im Bereich des Immissionsschutzes, des Bodenschutzes, der Landwirtschaft, in den Bereichen des Gewässerschutzes und des Naturschutzes (Rückbau der Bestandsleitung, des besonderen Artenschutzes, zudem hinsichtlich der Umsetzungsfrist für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, des Nachweises zur rechtlichen Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, und in Bezug auf Ersatzgeldzahlungen, zu Umweltbaubegleitungen, zur Überwachung, zur Kampfmittelsondierung, zur Nutzung von Straßen und Wegen und zu Versorgungs- und Kommunikationsleitungen bzw. -anlagen.

Der Planfeststellungsbeschluss führt die Zusagen (Kapitel AVI) auf, die Vorhabenträgerin in den schriftlichen Erwidern auf Stellungnahmen und Einwendungen im Anhörungsverfahren getroffen und damit Forderungen und Einwendungen Rechnung getragen hat. Dabei handelt es sich um fachliche Zusagen und Zusagen für einzelne Betroffene.

Die im Anhörungsverfahren erhobenen Einwendungen, soweit sie nicht durch Planänderungen, Inhalts- und Nebenbestimmungen oder Vorbehalte in diesem Beschluss bzw. durch Zusagen oder Planänderungen der Vorhabenträgerin berücksichtigt worden sind oder sich im Laufe des Anhörungsverfahrens auf andere Weise erledigt haben, werden zurückgewiesen (Kapitel AVII). Die Gründe hierfür ergeben sich aus der Begründung des Beschlusses.

Daneben werden im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses gesondert wasserrechtliche Erlaubnisse (Kapitel A.IV) erteilt:

- Wasserrechtliche Erlaubnis
- Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG
 - Für die baubedingten Wasserhaltungen zwecks Errichtung der Masten Nrn. 001-012, 031-035, 037-043, 045-047, 049-052, 060-062, 064-083, 085-092 und 094-109 (BL 4604), Nr. 1109 (BL 4591) und Nr. 1053 (BL 0171) sowie zwecks Rückbaus der Masten Nr. 126-132, 134-144, 146-149, 151-155, 165-168, 170-186 (BL 4504) und der Masten 187-197, 199-203, 205, 206, 209-224 (BL 4505) sowie Nrn. 11-22, 24-34, 36-53 (BL 0171) und des Mastes Nr. 109 (BL 4591) und das hierfür beantragte Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser entsprechend den Angaben in den Antragsunterlagen vom 30.04.2021, Planunterlagen Reg. 26.1.1, 26.1.1.3 und 26.1.1.4 sowie Reg. 18.2 DB1 – V-Wasser und V17 wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 5, § 12 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.
- Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG
 - Für die baubedingten Wasserhaltungen zwecks Errichtung der Masten Nrn. 001-012, 031-035, 037-043, 045-047, 049-052, 060-062, 064, 065, 067-083, 085-092 und 094-109 (BL 4604), Nr. 1109 (BL 4591) und Nr. 1053 (BL 0171) sowie zwecks Rückbaus der Masten Nrn. 126-132, 134-144, 147-149, 152-155, 165-168, 170-172, 175-186 (BL 4504) und der Masten 187-197, 199-203, 205, 206, 209-224 (BL 4505) sowie Nrn. 11-22, 24-34, 36-53 (BL 0171) und des Mastes Nr. 109 (BL 4591) und das hierfür beantragte Einleiten des gefassten Grundwassers in oberirdische Gewässer entsprechend den Angaben in den Antragsunterlagen vom 30.04.2021, Planunterlagen Reg. 26.1.1, 26.1.1.1 und 26.1.1.2 sowie Reg. 18.2 DB1 – V-Wasser und V17 wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, § 12 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.
 - Für die Herstellung der Bohrpfahlfundamente, die im Gebiet des Landes Baden-Württemberg belegen sind und in den Grundwasserleiter eindringen oder diesen durchstoßen, wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, § 12 WHG i. V. m. § 43 Abs. 2 Satz 2 WG BW eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.

II. Rechtsbehelfsbelehrung

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

*Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04107 Leipzig*

erhoben werden.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung.

Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim

*Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04107 Leipzig*

*gestellt und begründet werden
(§ 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43e Abs. 1 EnWG).*

III. Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses

1. Der Planfeststellungsbeschluss wurde der Vorhabenträgerin Amprion GmbH nach § 24 Abs. 2 Satz 1 NABEG zugestellt. Da darüber hinaus mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen wären, wird die Zustellung gemäß § 24 Abs. 2 Satz 2 NABEG i. V. m. § 74 Abs. 5 VwVfG durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.
2. Eine Ausfertigung des festgestellten Beschlusses (einschließlich Rechtsbehelfsbelehrung) und die planfestgestellten Unterlagen liegen vom 04.10.2023 bis zum 17.10.2023 jeweils in den folgenden Auslegungsstellen öffentlich zur Einsichtnahme aus:

Alsbach-Hähnlein

Gemeindeverwaltung Alsbach-Hähnlein, Bickenbacher Straße 6, 64665 Alsbach-Hähnlein (Mo-Mi 07.30-12 Uhr und 13-15 Uhr, Do 07.30-12 Uhr und 13-18 Uhr, barrierefreier Zugang möglich)

Bensheim

Stadtverwaltung Bensheim, Kirchbergstraße 18, 64625 Bensheim (Mo 8-12 Uhr, Di 8-12 Uhr und 14-17.30 Uhr, Do 8-12 Uhr, Fr 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang nicht möglich)

Bickenbach

Gemeindeverwaltung Bickenbach, Darmstädter Straße 7, 64404 Bickenbach (Mo, Mi, Fr 8.30-12 Uhr und Mi 13.30-18 Uhr, Terminprechstunde: Di, Do 8.30 bis 12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Bonn

Bundesnetzagentur Bonn, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Mo – Do 8-14 Uhr; Fr 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Büttelborn

Gemeindeverwaltung Büttelborn, Mainzer Straße 13, 64572 Büttelborn (Mo-Fr 8-12 Uhr und Mo 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Darmstadt

Stadtverwaltung Darmstadt, Luisenplatz 5 A, 64283 Darmstadt (Mo-Do 8-16 Uhr, Fr 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Erzhausen

Gemeindeverwaltung Erzhausen, Rodenseestraße 3, 64390 Erzhausen (Mo-7-12 Uhr und 13-18 Uhr, Di 08.30-12 Uhr, Do-Fr 07-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Gernsheim

Stadtverwaltung Gernsheim, Stadthausplatz 1, 64579 Gernsheim (Mo-Fr 8-12 Uhr, Mo-Di 14-16 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Griesheim

Stadtverwaltung Griesheim, Wilhelm-Leuschner-Straße 75, 64347 Griesheim (Mo 7-12.30 Uhr und 13.30-16.30 Uhr, Di, Mi 7.30-12.30 Uhr und 13.30-16.30 Uhr, Do 7.30-12.30 Uhr und 13.30-18.00 Uhr, Fr 7.30-12.30 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Hemsbach

Stadtverwaltung Hemsbach, Schlossgasse 41, 69502 Hemsbach (Mo-Fr 8.30-12 Uhr, Di 14-15.30 Uhr, Do 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Heddesheim

Stadtverwaltung Heddesheim, Amt für Bauverwaltung und Tiefbau, Fritz-Kessler-Platz, 68542 Heddesheim, 1. OG, Foyer des Ratsaals (Mo 8-12 Uhr, Di 7-16 Uhr, Mi, Fr 8-12 Uhr, Do 8-12 und 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Heppenheim

Stadtverwaltung Heppenheim, Großer Markt 1, 64646 Heppenheim (Mo-Do 8-12 Uhr und 13.30-16 Uhr, Fr 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Laudenbach

Gemeindeverwaltung Laudenbach, Untere Straße 2, 69514 Laudenbach (Mo 8-12 Uhr und 14-16 Uhr, Di 8-12 Uhr und 14-16 Uhr, Do 8-12 Uhr und 14-18 Uhr, Fr 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Lorsch

Stadtverwaltung Lorsch, Kaiser-Wilhelm-Platz 1, 64653 Lorsch (Mo-Fr 8-12 Uhr, Mo-Di 14-16 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Messel

Gemeindeverwaltung Messel, Kohlweg 15, 64409 Messel (Di 8-12 Uhr und 15-18 Uhr, Do 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Mörfelden-Walldorf

Stadtverwaltung Mörfelden-Walldorf, Rathaus Mörfelden, Stadtplanungs- und Bauamt, Westendstraße 8, 64546 Mörfelden-Walldorf (Mo, Di, Mi und Fr 8.30-12.30 Uhr; Do 14-18 Uhr, barrierefreier Zugang möglich)

Pfungstadt

Stadtverwaltung Pfungstadt, Bauamt/Bauen, Umwelt und Stadtplanung, Kirchstraße 12-14, 64319 Pfungstadt (Mo-Di 7.30-12.30 Uhr, Do 7.30-12.30 Uhr und 14-18 Uhr, Fr 7.30-12.30 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Rödermark

Stadtverwaltung Rödermark, Dieburger Straße 13-17, 63322 Rödermark (Mo-Fr 8-12 Uhr, Mo, Do 14-16 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Viernheim

Stadtverwaltung Viernheim, Kettelerstraße 3, 68519 Viernheim (Mo-Fr 8.30-12 Uhr, Mo, Di 14-16 Uhr, Mi 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Weinheim

Stadtbibliothek Weinheim (Ausleihbereich, Erdgeschoss), Luisenstraße 5/1, 69469 Weinheim (Di, Mi, Fr 10-18 Uhr, Do 10-19 Uhr, Sa 10-14 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Weiterstadt

Stadtverwaltung Weiterstadt, Riedbahnstraße 6, 64331 Weiterstadt (Mo, Di, Do 8.30-12 und 14-15.30 Uhr, Mi 8.30-12 und 14-18 Uhr, Fr 8.30-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Zwingenberg

Stadtverwaltung Zwingenberg, Untergasse 16, 64673 Zwingenberg (Mo-Fr 8-12 Uhr und Do zusätzlich 15.30-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

3. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt (§ 74 Abs. 5 Satz 3 VwVfG).
4. Der Planfeststellungsbeschluss kann bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Bundesnetzagentur angefordert werden (§ 74 Abs. 5 Satz 4 VwVfG).
5. Der Planfeststellungsbeschluss kann zusätzlich ab dem 04.10.2023 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.netzausbau.de/vorhaben19-n1 eingesehen werden.

Der Präsident

Mitteilung Nr. 171/2023


Bundesnetzagentur

**Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg (Vorhaben 2 BBPlG),
Abschnitt B1 (Punkt Wallstadt – Philippsburg)**

Planfeststellung: Öffentliche Bekanntmachung über den Erlass und die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 24 Abs. 2 und Abs. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m. § 74 Abs. 4 und 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und § 27 Abs. 1 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die Bundesnetzagentur als Planfeststellungsbehörde gemäß § 1 Nr. 1 Planfeststellungszuweisungsverordnung (PlfZV) hat mit Beschluss vom 30.08.2023, Az.: 6.07.01.02/2-2-2/25.0, den Plan für das obige Vorhaben gemäß § 24 Abs. 1 NABEG festgelegt.

Im Verfahren wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 4 ff. UVPG durchgeführt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Die sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses ist gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwGO) angeordnet.

I. Verfügender Teil

Der verfügende Teil des Beschlusses (Kapitel A.I) lautet auszugsweise: „Der aus den unter II.1 aufgeführten Unterlagen bestehende Plan für den Abschnitt B1 (Pkt. Wallstadt – Philippsburg) des Vorhabens Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes Osterath – Philippsburg (Gleichstrom; „Ultraset“) der TransnetBW GmbH (im Folgenden: Vorhabenträgerin) wird einschließlich aller Folgemaßnahmen an anderen Anlagen nach Maßgabe der Änderungen, Inhalts- und Nebenbestimmungen sowie Zusagen der Vorhabenträgerin festgelegt.“

Gegenstand des planfestgestellten Vorhabens ist die Errichtung und der Betrieb der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath – Philippsburg im Abschnitt B1 Pkt. Wallstadt – Philippsburg in Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGU) sowie im temporären Drehstrombetrieb. Die Errichtung der Leitung erfolgt zwischen Punkt Wallstadt und südlich des Rangierbahnhofs Mannheim im Parallel- und Ersatzneubau auf Bl. 7601, südlich des Rangierbahnhofs Mannheim bis südlich des UW Neurott im Ersatzneubau auf Bl. 7220 und vom UW Neurott bis zur Grenze des Geländes des ehem. KKW Philippsburg als Zubeseilung auf die Bestandsmasten der Anlage 7570 und Neubau der Anlage 7501 auf dem Gelände des ehem. KKW Philippsburg.

Der Beschluss führt alle Unterlagen des Plans, die festgestellt werden, auf (A.II.1): Erläuterungsbericht Kap. 2.4, Lagepläne, Arbeitsflächenpläne, Längenprofilpläne, Trassenpläne, Mastverzeichnisse, Masttypenbilder, Kreuzungs- und Rechterverkehrsverzeichnisse, Rechterverkehrspläne, Wasserrechtliche Anträge nebst Anhang A und 6 des Landschaftspflegerischen Begleitplans. Darüber hinaus führt er den Wasserrechtlichen Erläuterungsbericht, den Forstrechtlichen Fachbeitrag und das Bodenschutzkonzept auf.

Gesetzlich geschützte Biotope

Die Planfeststellungsbehörde gewährt gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG eine Ausnahme vom Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. § 33 NatSchG BW für die dauerhafte Inanspruchnahme der folgenden Biototypen:

- 36.61 „Sandrasen kalkhaltiger Standorte“ an Mast 7100/165A (Folgemeiße 10) auf einer Fläche von insgesamt 3 m² aufgrund fundamentbedingter Vollversiegelung.

Die Planfeststellungsbehörde gewährt gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung vom Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. § 33 NatSchG BW für die dauerhafte Inanspruchnahme der folgenden Biototypen:

- 41.10 „Feldgehölz“ an Mast 1190/006A (Folgemeiße 5) auf einer Fläche von 7 m² für die fundamentbedingte Vollversiegelung.
- 33.43 „Magerwiese mittlerer Standorte“ an Mast 7220/21A auf einer Fläche von 2 m² für die fundamentbedingte Vollversiegelung.

Naturschutzgebiete

- Naturschutzgebiet „Hirschacker und Dossenwald“ (2.171) Von den Verboten des § 4 Abs. 2 Nrn. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 13, 14, 16 der Schutzgebietsverordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Hirschacker und Dossenwald“ (Stadt Mannheim und Stadt Schwetzingen, Rhein-Neckar-Kreis) vom 16.12.1993 (GBl. v. 11.02.1994, S. 66) wird gemäß § 13 dieser Verordnung i. V. m. § 54 Abs. 3 NatSchG BW und § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt.
- Naturschutzgebiet „Wagbachniederung“ (2.064) Von den Verboten des § 4 Abs. 2 Nrn. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 13, 14, 16 der Schutzgebietsverordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe als höhere Naturschutzbehörde und obere Jagdbehörde über das Naturschutzgebiet „Wagbachniederung“ vom 08. Juli 1983 (GBl. v. 29.07.1983, S. 360) wird gemäß § 13 dieser Verordnung i. V. m. § 54 Abs. 3 NatSchG BW und § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG eine Befreiung erteilt.

Landschaftsschutzgebiete

- Landschaftsschutzgebiet „Straßenheimer Hof“ (2.22.018) Für die erlaubnisbedürftigen Handlungen nach § 5 Abs. 2 Nrn. 1, 2, 3, 8, 11, 15 der Verordnung des Bürgermeisters Mannheim über das Landschaftsschutzgebiet „Straßenheimer Hof“ vom 19.01.2007 (GBl. S. 745) wird gemäß § 5 Abs. 3 u. 4 dieser Verordnung, die Erlaubnis erteilt.
- Landschaftsschutzgebiet „Unterer Neckar: Westlich der Ilvesheimer Schlinge“ (2.26.026 und 2.22.011) Für die erlaubnisbedürftigen Handlungen nach § 8 Abs. 2 Nrn. 1, 3, 4, 5, 6, 10, 13, 14, 15 der Schutzgebietsverordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Unterer Neckar“ vom 17.12.1986 (GBl. vom 13.02.1987, S. 28) werden gemäß § 8 Abs. 3 u. 4 dieser Verordnung die Erlaubnis erteilt.

- Landschaftsschutzgebiet „Unterer Dossenwald“ (2.22.014) Für die erlaubnisbedürftigen Handlungen nach § 5 Abs. 2 Nrn. 1, 2, 4, 5, 10, 12, 14, 15, 16 der Verordnung des Bürgermeisters Mannheim über das Landschaftsschutzgebiet „Unterer Dossenwald“ vom 28.10.1986 (Mannheimer Morgen vom 07.11.1986) wird gemäß § 5 Abs. 3 u. 4 dieser Verordnung die Erlaubnis erteilt.
- Landschaftsschutzgebiet „Oftersheimer Dünen“ (2.26.036 und 2.26.014) Für die erlaubnisbedürftigen Handlungen nach § 5 Abs. 2 Nrn. 13 LSG-VO im LSG „Oftersheimer Dünen“ (2.26.036 und 2.26.014) der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Oftersheimer Dünen“ (Gemarkung Oftersheim, Rhein-Neckar-Kreis) vom 23.12.1992 (GBl. v. 23.02.1993, S. 121), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14.06.2017, wird gemäß § 8 Abs. 3 u. 4 dieser Verordnung die Erlaubnis erteilt.

Wasserhaushalt

Mit dem Planfeststellungsbeschluss gelten die folgenden wasserrechtlichen Genehmigungen, Befreiungen und Ausnahmen als erteilt:

- Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 29 Abs. 3 Nr. 2 WG BW für die Errichtung des „Schutzgerüsts 2/Vorhaben“ im Gewässerrandstreifen des „Neckarkanal Feudenheim 4-05 (TBG 49)“ in der Nähe der Masten Nrn. 7601/A09 - A10 gemäß § 29 Abs. 3, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG.
- Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 29 Abs. 2 WG BW für die Rodung von Bäumen und Gehölzen zur Herrichtung der Arbeitsfläche am Standort des Mast Nr. 7220/052A gemäß § 29 Abs. 2, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG.
- Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 29 Abs. 3 Nr. 2 WG BW für den Ausbau des Weges zu einer Zufahrt zu den Masten Nrn. 7220/053A und 054A gemäß § 29 Abs. 3, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG und von den Verboten des § 29 Abs. 2 WG BW für die Rodung von Bäumen und Gehölzen zum Ausbau des vorgenannten Weges gemäß § 29 Abs. 2, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG.
- Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 29 Abs. 2 WG BW für die Rodung von Bäumen und Gehölzen zur Herrichtung der Arbeitsfläche am Standort des Mast Nr. 7570/025 gemäß § 29 Abs. 2, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG.
- Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 29 Abs. 3 Nr. 2 WG BW für die Errichtung des „Schutzgerüsts 2/Folgemeiße 14“ im Gewässerrandstreifen des „Neckarkanal Feudenheim 4-05 (TBG 49)“ in der Nähe der Masten Nrn. 1190/018A - 019A gemäß § 29 Abs. 3, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG.
- Widerrufliche Befreiung von den Verboten des § 29 Abs. 3 Nr. 2 WG BW für die Errichtung des Fundaments für den Mast Nr. 7220/052B gemäß § 29 Abs. 2, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG und von den Verboten des § 29 Abs. 2, 4 WG BW für die Rodung von Bäumen und Gehölzen zur Herrichtung der Arbeitsfläche am Standort des Mast Nr. 7220/052B gemäß § 29 Abs. 2, 4 WG BW i. V. m. § 38 Abs. 5 WHG.
- Befreiung von den Verboten des § 7 Nr. 1 WSG-VO „WGA Mannheim-Rheinau“ für die Errichtung baulicher Anlagen in Gestalt der Masten Nrn. 7220/020A - 7220/022A und die zugehörigen Arbeitsflächen in der Schutzzone II des Wasserschutzgebiets „WGA Mannheim-Rheinau“ gemäß § 10 Abs. 1 der „WGA Mannheim-Rheinau“.
- Befreiung von den Verboten des § 7 Nr. 3 WSG-VO „WGA Mannheim-Rheinau“, für Handlungen bei der Ausführung der Baumaßnahmen zur Errichtung und zum Rückbau der Masten Nrn. 7220/019A - 7220/040A, 5220/018 - 5220/022, 5220/024 - 5220/040 und 5220/188, 7100/165A und 1300/00 in Gestalt von Baustelleneinrichtungen in den Schutzzone II, IIIA und IIIB sowie insbesondere in Gestalt von Baustofflagern, Betankungen, Toiletten sowie Wartungen und Abstellen der Fahrzeuge und Baumaschinen in den Schutzzone IIIB und IIIB gemäß § 10 Abs. 1 der „WGA Mannheim-Rheinau“.
- Befreiung von den Verboten des § 7 Nr. 3 WSG-VO „WGA Schwetzingen Hardt ZVWV Kurfürst“ für Handlungen bei der Ausführung der Baumaßnahmen zur Errichtung und zum Rückbau der Masten Nrn. 7220/053A und 7220/054A in Gestalt von Baustelleneinrichtungen sowie insbesondere in Gestalt von Baustofflagern, Betankungen, Toiletten sowie Wartungen und Abstellen der Fahrzeuge und Baumaschinen in der Schutzzone IIIB gemäß § 10 Abs. 1 der „WGA Schwetzingen Hardt ZVWV Kurfürst“.
- Befreiung von den Verboten des § 4 Abs. 1 Nr. 23 WSG-VO „WGG III ZVWV Hardtgruppe Sandhausen“ für Handlungen bei der Ausführung der Baumaßnahmen zur Errichtung und zum Rückbau des Masts Nr. 7220/055A in Gestalt von Baustelleneinrichtungen sowie insbesondere in Gestalt von Baustofflagern, Betankungen, Toiletten sowie Wartungen und Abstellen der Fahrzeuge und Baumaschinen in den Schutzzone IIIB und IIIB gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG.
- Befreiung von den Verboten des § 6 Nr. 8 WSG-VO „WGA Mannheim-Rheinau“ für die Versickerung des Niederschlagswassers, das auf den Arbeitsflächen der Masten Nrn. 7220/020A - 7220/022A in der Zone II des Wasserschutzgebiets „WGA Mannheim-Rheinau“ anfällt, gemäß § 10 Abs. 1 WSG-VO „WGA Mannheim-Rheinau“.
- Befreiung von den Verboten des § 3 Abs. 1 Nr. 5, § 4 Abs. 1 Nr. 7 WSG-VO „WGG III ZVWV Hardtgruppe Sandhausen“ für die Versickerung des Niederschlagswassers, das auf den Arbeitsflächen des Masts Nr. 7220/055A im Wasserschutzgebiet „WGG III ZVWV Hardtgruppe Sandhausen“ anfällt, gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG.
- Genehmigung für die Errichtung der Masten 1190/018A und 7601/

A10 im Überschwemmungsgebiet „Rhein in Mannheim mit Neckar“ (Nr.: 570222000004) und für die Errichtung von Mast 7220/053A im Überschwemmungsgebiet (HQ100) im Bereich des Leimbach/Landgraben bei Oftersheim/Neurott gemäß § 78 Abs. 5 S. 1 WHG.

Forstrechtliche Genehmigungen und Befreiungen

Der Planfeststellungsbeschluss erteilt folgende forstrechtliche Genehmigungen und Befreiungen:

- Genehmigung für die dauerhafte und temporäre Waldumwandlung nach § 9 Abs. 1 und § 11 Abs. 1 LWaldG für die in der Planunterlage 15 Anlage 2 i. V. m. der Deckblattänderung vom 11.06.2023 Anlage 7 aufgeführten Flurstücke. Der genaue Umfang sowie die Begründung der Genehmigungen ergeben sich aus Kapitel B.V.4.j)(aa) und (bb).
- Schonwald (§ 32 LWaldG) „Schwetzingen Hardt“ Von den Verboten des § 8 Abs. 2 Nr. 8, Nr. 9 sowie Nr. 19 der Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über das Regionale Waldschutzgebiet und den Erholungswald „Schwetzingen Hardt“ vom 05. November 2013 wird gemäß § 18 Abs. 1 dieser Verordnung eine Befreiung erteilt.
- Schonwald (§ 32 LWaldG) „Dossenwald“ Von den Verboten des § 4 Abs. 2 Nr. 2a, Nr. 2b sowie Nr. 5f der Verordnung der Körperschaftsforstdirektion Freiburg über die Schonwälder „Reißinsel“ und „Dossenwald“ vom 10. April 2001 wird gemäß § 8 dieser Verordnung eine Befreiung erteilt.
- Die Befreiungen hinsichtlich der oben aufgeführten Verbote zum Zwecke der zeitlich befristeten Waldumwandlung von Schonwald im Sinne des § 32 LWaldG umfassen die in der technischen Planung aufgeführten konkret verorteten Arbeitsflächen und temporären Zuwegungen vgl. Unterlagen gemäß § 21 NBE Register 11 Anhang 4.1 Karten 6, 14, 15, 16, 17).
- Buchenwald Unterer Spannbuckel (Biotopschutzwald gem. § 30a LWaldG) Befreiung gem. § 30a Abs. 5 LWaldG i. V. m. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG von den Verboten des § 30a Abs. 3 LWaldG und § 30 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 BNatSchG.

Der genaue Umfang sowie die Begründung der Befreiungen ergeben sich aus Kapitel B.V.4.j)(cc).

Denkmalschutzrechtliche Erlaubnisse

Für die Errichtung des planfestgestellten Vorhabens in der Umgebung der nachfolgend genannten und in Planunterlage 16, Anhang A, Karte 16.1 – Bl. 1-27, dargestellten unbeweglichen Kulturdenkmale in Baden-Württemberg wird nach § 8 Abs. 1 Nr. 1, 2 DSchG BW die denkmalschutzrechtliche Genehmigung erteilt:

- Heidelberg-Kirchheim „Feilheck“, Wüstung, Ident.-Nr.: 99733869_0 (Arbeitsflächen am Mast 68 und 69, Stellfläche für Gerüste)
- Oftersheim „Feilheck/Hornungsacker“, Wüstung, Ident.-Nr.: 96983110_0, (Neubau des Masts 55A und Zuwegung)
- Heidelberg-Kirchheim „Alteurott“, Siedlung, Ident.-Nr.: 110646031_0, (Neubau Mast 49a und Arbeitsflächen)
- Siedlung, Ident.-Nr.: 110646009_0, (Neubau Mast 49a und Arbeitsflächen)
- Oftersheim „Alteurott“, Grabhügelfeld, Ident.-Nr.: 110645888_0, (Arbeitsfläche und Gerüstfläche)
- Mannheim-Wallstadt „Hintere Wasserlöcher“ etc., Siedlung, Ident.-Nr.: 110461355_0, (Neubau Mast A03, Gerüst- und Arbeitsflächen, Zuwegung)
- Ilvesheim „Atzelbuckel/Auf die Heerstraße“ etc., Siedlung, Grabhügelfeld, Ident.-Nr.: 109819626_0, (Neubau Mast A06+A05 sowie Arbeits- und Gerüstbauflächen, Folgemeiße Mast 015A und Masten 1325 bis 1327, Erdverkabelung)
- Siedlung allg., Ident.-Nr.: 109804513_0, (Neubau Mast A06+A05 sowie Arbeits- und Gerüstbauflächen, Folgemeiße Mast 015A und Masten 1325 und 1326, Erdverkabelung)
- Keramik, Ident.-Nr.: 109797029_0, (Gerüstbauflächen inkl. Verankerung)
- Lesebund (Steinartefakte), Ident.-Nr.: 109796583_0, (Arbeitsflächen und Zuwegung)
- Siedlung allg., Ident.-Nr.: 109778166_0, (Arbeitsflächen)
- Mannheim-Friedrichsfeld „Im Eichwald/Unterer Dossenwald“, Siedlung, Ident.-Nr.: 111413326_0, (Zuwegung, Arbeitsflächen)
- Mannheim-Seckenheim „Pfaffenweg/Sauloch“, Siedlung, Ident.-Nr.: 110428490_0, (Neubau Mast A17 und 009A + 010A der Folgemeiße Masten, Gerüst- und Arbeitsflächen)
- Mannheim-Seckenheim „Kloppenheimer Winkel/Bei der Kapelle/Brennstücke“, Wüstung, Ident.-Nr.: 104608265_0, (Mast A17 und A16 Wege-, Arbeits- und Gerüstbauflächen, Folgemeiße Masten 1341 und 010A+011A)
- Oftersheim „Hornungsacker“, Siedlung, Ident.-Nr.: 104067687_0, (Arbeitsfläche und Zuwegung)
- Siedlung, Ident.-Nr.: 104067533_0, (Arbeitsfläche und Zuwegung)
- Heidelberg-Wieblingen „Hinter den Zöllstockacker/Hintere Viehtrift/Weide“, Siedlung, Ident.-Nr.: 103537034_0, (Arbeitsfläche am Mast A29)
- Heidelberg-Kirchheim „Alteurott“, Siedlung, Ident.-Nr.: 103451719_0, (Mast 050A, Wege-, Arbeits- und Gerüstbauflächen, Folgemeiße Mast ggf. Mast 3330A)
- Heidelberg-Kirchheim „Feilheck“, Grabhügelfeld, Ident.-Nr.: 103451704_0, (Wege-, Arbeits- und Gerüstbauflächen)
- Plankstadt „Hägenich/Am Alsheimer Weg/Straßengewann“, Wüstung, Ident.-Nr.: 103039918_0, (Mast 44A und 45A, Wege-, Arbeits- und Gerüstbauflächen)
- Ilvesheim „Heerstraße“, Altstraße, Ident.-Nr.: 102765795_0, (Wege-, Arbeits- und Gerüstbauflächen)
- Strafe, Ident.-Nr.: 101471527_0, (Wege- und Arbeitsflächen)



- Altlußheim „Eichelgarten“, Siedlung, Ident.-Nr.: 101274504_0, (Wege-, Arbeits- und Gerüstbauflächen)
- Altlußheim „Hubwald/Neurott“, Gräberfeld, Ident.-Nr.: 101274476_0, (Zuwegung und Arbeitsfläche am Mast 030)
- Oftersheim „Brandbuckel“, Gräberfeld, Ident.-Nr.: 100783748_0, (Zuwegung und Arbeitsflächen)
- Oftersheim „Hornungsäcker/Aschlachwald“, Siedlung, Ident.-Nr.: 100783724_0, (Mast 54A, Zuwegung und Arbeitsfläche)
- Von 1924 bis 1930 durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) errichteten ehemaligen Nord-Süd-Leitung, Anlage 5250 ehemals 4505 bzw. Nord-Süd-Leitung, (Rückbau der Anlage 5250 Maste 245-269)

Verkehrsrechtliche Genehmigungen/Erlaubnisse

Für die Errichtung des Neubaumastes 7220/015A in der Bauverbotszone von Bundesautobahn 6 wird eine Ausnahme gemäß § 9 Abs. 8 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FStrG erteilt.

Für die Errichtung der Neubaumasten 7601/A06, 7601/A20, 7220/016A und 7220/017A in der Baubeschränkungszone von Bundesautobahn 6 wird gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FStrG die Zustimmung erteilt.

Für die Montagearbeiten an den Bestandsmasten 7601/A16-A15, 7570/044-045, 7570/068-055 sowie 7570/056 in der Baubeschränkungszone von Bundesautobahnen 5, 6 und 656 sowie von der B 291 wird gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FStrG die Zustimmung erteilt.

Für die Herstellung eines erdverlegten Kupferkabels von Mast 7220/015A nach Mast 5220/014, von Mast 7220/015A nach Mast 7220/017A sowie von Mast 7601/A06 nach Mast 7600/014 in der Baubeschränkungszone von Bundesautobahn 6 wird gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 FStrG die Zustimmung erteilt.

Für die temporäre Benutzung der BAB 6, der BAB 656, der B 535 und der B 291 durch die Errichtung und den Abbau von Schutzgerüsten wird nach § 8 Abs. 1 Satz 2 FStrG die Erlaubnis zur Sondernutzung erteilt. Die Erlaubnis ist für den Zeitraum des Baus befristet.

Für die temporäre Benutzung der L 560 (ehemals B 36), L 597, L 538, L 637, L 542, K 4137, L 723, L 546, L 555, K 9704, K 9703, K 4147, K 4255 sowie der K 3537 durch die Errichtung und den Abbau von Schutzgerüsten wird nach § 16 Abs. 1 Satz 1 StrG Baden-Württemberg die Erlaubnis zur Sondernutzung erteilt. Die Erlaubnis ist für den Zeitraum des Baus befristet.

Nebenbestimmungen (Kapitel A.V) im Bereich des Immissionsschutzes, des Bodenschutzes, der Landwirtschaft, im Bereich der Forstwirtschaft, in den Bereichen des Gewässerschutzes und des Naturschutzes (Rückbau der Bestandsleitung), des besonderen Artenschutzes, zudem hinsichtlich der Umsetzungsfrist für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, des Nachweises zur rechtlichen Sicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, und in Bezug auf Ersatzgeldzahlungen, zu Umweltbaubegleitungen, zur Überwachung, zur Nutzung von Straßen und Wegen und zu Versorgungs- und Kommunikationsleitungen bzw. –anlagen und zur Inanspruchnahme.

Der Planfeststellungsbeschluss führt die Zusagen (Kapitel A.VI) auf, die die Vorhabenträgerin in den schriftlichen Erwidierungen auf Stellungnahmen und Einwendungen im Anhörungsverfahren getroffen und damit Forderungen und Einwendungen Rechnung getragen hat. Dabei handelt es sich um fachliche Zusagen und Zusagen für einzelne Betroffene.

Die im Anhörungsverfahren erhobenen Einwendungen, soweit sie nicht durch Planänderungen, Inhalts- und Nebenbestimmungen oder Vorbehalte in diesem Beschluss bzw. durch Zusagen oder Planänderungen der Vorhabenträgerin berücksichtigt worden sind oder sich im Laufe des Anhörungsverfahrens auf andere Weise erledigt haben, werden zurückgewiesen (Kapitel A.VII). Die Gründe hierfür ergeben sich aus der Begründung des Beschlusses.

Daneben werden im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses gesondert wasserrechtliche Erlaubnisse (Kapitel A.IV) erteilt.

Wasserrechtliche Erlaubnisse

1. Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG

Für die baubedingten Wasserhaltungen zwecks Errichtung der Masten 7601/A015, 7601/A016, 7571/001, 7571/003 und der als Folgemaßnahme 5 zu errichtenden Masten Nrn. 1190 „neu“/012A und 1190 „neu“/013A sowie zwecks Rückbaus des Masts 1190 „alt“/011 und der als „Folgemaßnahme 4“ rückzubauenden Masten 5250/262 und 5250/263 und das hierfür beantragte Entneuen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser entsprechend den Angaben in den Antragsunterlagen vom 29.04.2022, Planunterlagen Reg. 14.3 und 14.7, wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 5, § 12 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.

2. Gewässerbenutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG

Für die baubedingten Wasserhaltungen zwecks Errichtung der Masten 7601/A015, 7601/A016, 7571/001, 7571/003 und der als Folgemaßnahme 5 zu errichtenden Masten Nrn. 1190 „neu“/012A und 1190 „neu“/013A sowie zwecks Rückbaus der Masten 1190 „alt“/011 und der als „Folgemaßnahme 4“ rückzubauenden Masten 5250/262 und 5250/263 und das

hierfür beantragte Einleiten des gefassten Grundwassers in Form des Versickerns über Versickerungsflächen und -mulden in das Grundwasser entsprechend den Angaben in den Antragsunterlagen vom 29.04.2022, Planunterlagen Reg. 14.3 und 14.7, wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, § 12 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.

Für die baubedingten Wasserhaltungen zwecks Errichtung des Masts 7571/001 und das hierfür beantragte Einleiten des gefassten Grundwassers über das Wasserauslaufbauwerk der EnBW Kernkraft GmbH in das oberirdische Gewässer Rhein entsprechend den Angaben in den Antragsunterlagen vom 29.04.2022, Planunterlagen Reg. 14.3 und 14.7.4, wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, § 12 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.

Für die Herstellung der Bohrpfahlfundamente, die in den Grundwasserleiter eindringen oder diesen durchstoßen, wird gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, § 12 WHG i.V.m. § 43 Abs. 2 Satz 2 WG BW eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilt.

II. Rechtsbehelfsbelehrung

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

*Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04107 Leipzig*

erhoben werden.

Die Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss hat gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43e Abs. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung.

Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses beim

*Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04107 Leipzig*

*gestellt und begründet werden
(§ 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43e Abs. 1 EnWG).*

III. Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses

1. Der Planfeststellungsbeschluss wurde der Vorhabenträgerin TransnetBW GmbH nach § 24 Abs. 2 Satz 1 NABEG zugestellt. Da darüber hinaus mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen wären, wird die Zustellung gemäß § 24 Abs. 2 Satz 2 NABEG i.V.m. § 74 Abs. 5 VwVfG durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt.

2. Eine Ausfertigung des festgestellten Beschlusses (einschließlich Rechtsbehelfsbelehrung) und die planfestgestellten Unterlagen liegen vom 04.10.2023 bis zum 17.10.2023 jeweils in den folgenden Auslegungsstellen öffentlich zur Einsichtnahme aus:

Bonn
Bundesnetzagentur Bonn, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Mo-Do 8-14 Uhr, Fr 8-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Altlußheim
Gemeindeverwaltung Altlußheim, Rathausplatz 1, 68804 Altlußheim (Mo, Di, Do und Fr 8-12 Uhr, Mi 8-12:30 Uhr und 14-16 Uhr, Do 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Heidelberg
Stadtverwaltung Heidelberg, Prinz-Carl, Kornmarkt 1, 69117 Heidelberg (Di 11-12:30 Uhr und Do 15-17 Uhr; außerhalb der vorgenannten Öffnungszeiten kann nach vorheriger Absprache unter den Telefonnummern 06221 58 25150 und 58 25160 oder per E-Mail unter bauberatung@heidelberg.de ein anderer Termin zur Einsichtnahme vereinbart werden; barrierefreier Zugang möglich)

Ilvesheim
Gemeindeverwaltung Ilvesheim, Schlossstraße 9, 68549 Ilvesheim (täglich 8-12 Uhr und Do 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Ketsch
Gemeindeverwaltung Ketsch, Hockenheimer Straße 5, 68775 Ketsch (Mo-Fr 7:30-12 Uhr, Di 14-15:30 Uhr, Do 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Mannheim
Stadtverwaltung Mannheim, Fachbereich Baurecht, Technisches Rathaus Mannheim, Glücksteinallee 11, 68163 Mannheim (Mo-Fr 8-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Neulußheim
Gemeindeverwaltung Neulußheim, St. Leoner Str. 5, 68809 Neulußheim (Mo-Fr 8-12 Uhr, Do 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Nußloch
Gemeindeverwaltung Nußloch, Sinheimer Straße 19, 69226 Nußloch (Mo, Di und Do 8:30-12 Uhr, Di 14-18 Uhr, Mi 8-13 Uhr, Do 14-18 Uhr, Fr 7:30-12:30 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Oberhausen-Rheinhausen
Gemeindeverwaltung Oberhausen-Rheinhausen, Adlerstraße 3, 68794 Oberhausen-Rheinhausen (Mo 7:15-12:15 Uhr und 14-16 Uhr, Di 8:30-12:15 Uhr und 14-16 Uhr, Mi und Fr 8:30-12:15 Uhr sowie Do 8:30-12:15 Uhr und 14-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Oftersheim
Gemeindeverwaltung Oftersheim, Eichendorffstraße 2, 68723 Oftersheim (Mo, Di, Fr 8-12 Uhr, Mi 8-13 Uhr, Do 8-12 Uhr und 13:30-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Philippsburg
Stadtverwaltung Philippsburg, Rote-Tor-Str. 6-10, 76661 Philippsburg (Mo-Fr 8-12 Uhr und Mo 15:30-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Plankstadt
Gemeindeverwaltung Plankstadt, Bürgerbüro, Wilhelmstr. 1, 68723 Plankstadt (Mo u. Di 8-16 Uhr, Mi 7:30-13 Uhr, Do 8-18 Uhr, Fr 7:30-12 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Reilingen
Gemeindeverwaltung Reilingen, Bauamt, Hockenheimer Straße 1-3, 68799 Reilingen (Mo, Mi, Do, Fr 8-12 Uhr, Di 7:30-12 Uhr und 13:30-16 Uhr, Do 13:30-18:30 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Sandhausen
Gemeindeverwaltung Sandhausen, Bahnhofstraße 10, 69207 Sandhausen (Mo, Di und Do 8:30-12:30 Uhr, Di 14:30-17 Uhr, Mi 14:30-18 Uhr, Fr 7:30-13 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Sankt Leon-Rot
Gemeindeverwaltung Sankt Leon-Rot, Rathausstraße 2, 68789 Sankt Leon-Rot (Di und Mi 8-12 Uhr, Do 8-18 Uhr, Fr 8-13 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Waghäusel
Stadtverwaltung Waghäusel, Gymnasiumstraße 1, 68753 Waghäusel (Mo-Fr 8-12 Uhr, Mi 14:30-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

Walldorf
Stadtverwaltung Walldorf, Stadtbauamt, Nußlocher Straße 45, 69190 Walldorf (Mo-Fr 8:30-12 Uhr, Mi 16-18 Uhr; barrierefreier Zugang möglich)

3. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt (§ 74 Abs. 5 Satz 3 VwVfG).

4. Planfeststellungsbeschluss kann bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Bundesnetzagentur angefordert werden (§ 74 Abs. 5 Satz 4 VwVfG).

5. Der Planfeststellungsbeschluss kann zusätzlich ab dem 04.10.2023 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.netzausbau.de/vorhaben2-b1 eingesehen werden.

Der Präsident

Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn Tulpenfeld 4 53113 Bonn Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: amtsblatt@bnetza.de
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: amtsblatt@bnetza.de Der Versand erfolgt gegen Rechnung